

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Karl Otto Hondrich

Zur Dialektik von Individualisierung und Rückbindung
am Beispiel der Paarbeziehung

Stefan Hradil

Die Seismographen der Modernisierung
Singles in Deutschland

Wolfgang Glatzer

Nichteheliche Lebensgemeinschaften
Zwischen konventionellen und alternativen Lebensformen

Hans Bertram

Familie, Ökonomie und Fürsorge

B 53/98

25. Dezember 1998

Karl Otto Hondrich, Dr. rer. pol., geb. 1937; Studium der Volkswirtschaftslehre, politischen Wissenschaft und Soziologie in Frankfurt am Main, Berlin, Paris und Köln; seit 1972 o. Professor an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Veröffentlichungen u. a.: Demokratisierung und Leistungsgesellschaft, Stuttgart 1972; Theorie der Herrschaft, Frankfurt am Main 1973; Soziale Differenzierung, Frankfurt am Main 1982; Bedürfnisse im Wandel, Opladen 1983; Krise der Leistungsgesellschaft?, Opladen 1988; Lehrmeister Krieg, Reinbek 1992; (zus. mit Claudia Koch-Arzheimer) Solidarität in der modernen Gesellschaft, Frankfurt am Main 1992.

Stefan Hradil, Dr. phil., Dr. rer. pol. habil., Dr. sc. oec. h. c., geb. 1946; Professor für Soziologie an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz; 1995–1998 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Veröffentlichungen u. a. (nur Bücher): Die „Single-Gesellschaft“, München 1995; (zus. mit Richard Hauser, Wolfgang Glatzer, Gerhard Kleinhenz, Thomas Olk und Eckart Pankoke) Ungleichheit und Sozialpolitik. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland (Bd. 2 des Abschlußberichts der „Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern“), Opladen 1996; (Hrsg. zus. mit Stefan Immerfall) Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen 1997; Soziale Ungleichheit in Deutschland, Opladen 1999 (i. E.).

Wolfgang Glatzer, Dr. phil., geb. 1944; Professor für Soziologie am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main; Mitglied im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie; Vorsitzender der „Working Group: Social Indicators and Social Reporting“ in der International Sociological Association; Mitherausgeber der Zeitschrift für Familienforschung.

Veröffentlichungen u. a.: Revolution in der Haushaltstechnologie, Frankfurt am Main – New York 1998; Haushaltstechnisierung und gesellschaftliche Arbeitsteilung, Frankfurt am Main – New York 1991; Die Lebenssituation alleinstehender Frauen, Stuttgart – Berlin – Köln 1991; Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe, Frankfurt am Main – New York 1986.

Hans Bertram, Dr. phil., geb. 1946; 1981–1984 Professor für Soziologie an der Universität der Bundeswehr München; 1984–1993 Vorstand und wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Jugendinstituts e.V. München; seit 1992 Universitätsprofessor für Mikrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1998/99 Fellow am Center for Advanced Study in the Behavioral Sciences, Stanford USA.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen, Opladen 1991; (Hrsg.) Die Familie in den neuen Bundesländern. Stabilität und Wandel in der gesellschaftlichen Umbruchsituation, Opladen 1992; Das Individuum und seine Familie. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter, Opladen 1995; Familien leben. Neue Wege zur flexiblen Gestaltung von Lebenszeit, Arbeitszeit und Familienzeit, Gütersloh 1997; (zus. mit Klaus von Beyme und Christoph Kleßmann) Deutschland im Umbruch. Funkkolleg, Tübingen 1997.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>; E-Mail: ag2@bpb.de

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Zur Dialektik von Individualisierung und Rückbindung am Beispiel der Paarbeziehung

Kein anderer Begriff zur Bezeichnung von gesellschaftlicher Modernisierung und Fortschritt hat sich so durchgesetzt wie der der Individualisierung – verstanden als „Freisetzung von traditionellen Bindungen“. Das kann viel heißen: daß die Menschen sich vereinzeln, daß sie einzigartig, selbstsüchtig oder selbständig werden. In der Diskussion haben die Vertreter der Individualisierungsthese klargestellt¹, daß sie all dies nicht meinen. Soziologen sehen hinter den Individuen gesellschaftlichen Strukturwandel, das heißt, Bindungen lösen sich nicht ganz auf, sondern ein Typus von Bindungen wird durch einen anderen abgelöst. Vorgegebene oder Herkunftsbindungen werden ersetzt durch Bindungen, die die einzelnen selbst wählen und zusammenstellen müssen. Trotz des Wählen-Müssens steckt darin die Vorstellung vermehrter Optionen, wachsender Freiheit. Die Vision der Individualisierungstheoretiker ist die einer Gesellschaft, die ihre Grundstruktur von herkunftsbestimmten auf wählbare Bindungen umstellt.

Das entspricht durch und durch unserem zeitgenössischen Lebensgefühl. Es scheint evident zu sein: Was früher vorentschieden war, kann heute so oder so entschieden werden. Was früher durch Normen festgelegt war, ist heute offen, was früher kollektiv entschieden wurde, wird heute individuell entschieden: Es steht mir frei, ob ich im Stand der Ehe oder unverheiratet zusammenlebe, ob ich Wehrdienst oder Zivildienst leiste, ob ich studiere oder eine Lehre mache. Ich entscheide nicht nur darüber, ich *muß* darüber entscheiden, anders als meine Eltern oder Großeltern, denen der Zwang zu diesen Entscheidungen durch vorgängige soziale Zwänge abgenommen war. Zwar gibt es auch in der modernen Welt der Individualisierungstheoretiker soziale Zwänge, aber nur noch als Restbestand von Traditionen, als strukturelle Randbedingungen, Restriktionen des Wählens und als Zwang zur Wahl. Auf Unsicherheiten, Risiken und eben auch Zwänge der Individualisierung weisen sie ausdrücklich hin.

1 An dieser Stelle sei nur auf die prominentesten unter ihnen – Ulrich Beck und Elisabeth Beck-Gernsheim – verwiesen.

Ferner können sie darauf verweisen, daß sie in der Tradition der Klassiker stehen, deren Denklinie fortsetzen: Auch für Emile Durkheim, Ferdinand Tönnies, Max Weber war ja die Auflösung sozialer Verbindlichkeiten bereits ein Grundthema.

Schließlich lassen sie empirisch untermauerte Kritik ins Leere laufen, die auf milieu- und kulturspezifische Grenzen von Individualisierung verweist, wie es Günter Burkart jüngst am Beispiel der Elternschaft in den USA verdienstvoll getan hat. Wie der Igel rufen sie dem Hasen zu: Wir sind schon da, was du sagst, wissen wir doch: Natürlich sind Wahlmöglichkeiten begrenzt². Wenn sie dann allerdings – wie es Ulrich Beck und Elisabeth Beck-Gernsheim in der Auseinandersetzung mit Burkart tun – auch die aufgezwungene Entscheidung – etwa sich scheiden zu lassen – der freien Entscheidung gleichsetzen, dann kann *jedes* soziale Handeln, auch das erzwungene, als Vergrößerung von Wahlmöglichkeiten gelten. *Jede* soziale Veränderung wird so zur Individualisierung.

Ein Immunisierungsvorwurf wird allerdings der Beliebtheit der Individualisierungsthese keinen Abbruch tun. Wissenschaftliche Thesen werden nicht verworfen, weil sie empirisch widerlegt oder methodologisch anfechtbar sind. Sie gelten, solange sie einem kollektiven Lebensgefühl entsprechen. Und keine These paßt so gut zu unserem aktuellen Selbstgefühl – zum Zeitgeist – wie die Individualisierungsthese.

Wie schwer es ist, dazu auf Distanz zu gehen, wird gerade in dem Bemühen der Kritiker deutlich. Nicht alles, was als Indikator für Individualisierung herhalten muß, zeige Individualisierung an, hält Burkart den Becks mit Recht entgegen. Richtig! Aber was zeigt es dann an?

2 Vgl. Günter Burkart, Individualisierung und Elternschaft. Das Beispiel USA, in: Zeitschrift für Soziologie, (1993) 3, S. 159–177; Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim, Nicht Autonomie, sondern Bastelbiographie. Anmerkung zur Individualisierungsdiskussion am Beispiel des Aufsatzes von Günter Burkart, in: Zeitschrift für Soziologie, (1993) 3, S. 178–187; Günter Burkart, Eine Gesellschaft von nicht-autonomen biographischen Bastlerinnen und Bastlern? – Antwort auf Beck/Beck-Gernsheim, in: Zeitschrift für Soziologie (1993) 3, S. 188–1991.

Dafür fehlt uns der Begriff. Solange die Kritiker nur behaupten, daß die alten Zwänge und Bindungen aus Klassen-, Schicht- oder Milieuzugehörigkeit doch noch gelten und eventuell stärker sind als die neuen Freiheiten, argumentieren sie aus der Vergangenheit, aus der Defensive heraus. Diese Kritik führt nicht weiter; sie macht sich keinen Begriff davon, was *vorgeht*. Deshalb bleibt sie bei dem Versuch, die Individualisierungsthese zu widerlegen, doch ganz in deren Bann. Die angemessene wissenschaftliche Beschäftigung mit der Individualisierungsthese sollte deshalb nicht der Versuch sein, sie zu widerlegen, sondern der Versuch, sie in einen anderen, weiteren Rahmen zu stellen, das Bild der Wirklichkeit zu erweitern – und damit den Aspekten der Realität zu ihrem Recht zu verhelfen, die von der Individualisierungsthese ausgeblendet werden.

Aber welchen Begriff sollen wir uns davon machen? Vergemeinschaftung? Zu eng. Vergesellschaftung? Zu weit. Kollektivierung? Politisch und negativ besetzt. Die Schwierigkeit bei der Suche nach einem Gegen- oder Ergänzungsbegriff zu Individualisierung ist selbst ein Zeichen – ein Zeichen dafür, wie stark der Individualisierungsbegriff unsere Vorstellung von sozialem Wandel besetzt hält.

Ich habe mich für den Begriff der *Rückbindung* entschieden, der den Vorteil hat, daß er jeder Definition von Individualisierung gewachsen ist. Will man unter Individualisierung Freisetzung von traditionellen Bindungen und Zwängen verstehen, dann heißt Rückbindung Einbindung in Traditionen und Zwänge. Soll Individualisierung Erweiterung von Wahlmöglichkeiten bedeuten, dann bedeutet Rückbindung deren Verengung. Und so weiter.

Meine These lautet nun, gegen die Individualisierungstheoretiker: Die strukturellen Wandlungen in modernen Gesellschaften werden radikal – an der Wurzel – falsch verstanden, wenn sie als Individualisierung beschrieben werden. Sie sind immer, zugleich und gegenläufig, Individualisierung *und* Rückbindung. Rückbindung bringt Individualisierung hervor – und umgekehrt.

Merkwürdigerweise ging der soziologische Blick bisher vorwiegend nur in eine Richtung, von Rückbindung zu Individualisierung. Georg Simmel hat uns gezeigt, wie aus der Erweiterung und Überschneidung sozialer Kreise das Individuum mit seinen Wahlmöglichkeiten entsteht³. Erving Goffman hat genau beobachtet, wie die Menschen in einer psychiatrischen Anstalt unter verstärktem Zwang

3 Vgl. Georg Simmel, *Soziologie*, München–Leipzig 1922.

sich ihre individuellen Freiräume schaffen⁴. Und ein junger französischer Soziologe, Jean-Claude Kaufmann, hat dasselbe jüngst – in einer meisterlichen Studie – für Paare beschrieben, die einen gemeinsamen Haushalt gründen⁵. Die Zwänge im eigenen Heim sind vielleicht subtiler als die im Heim für psychisch Kranke – die Individualisierungsbestrebungen hier wie dort sind aber, für einen soziologischen Beobachter, durchaus vergleichbar.

Individualisierung und Rückbindungen sind überall. Wichtig ist es, die Blickrichtung zu verändern, eine neue Frage zu stellen. Die Frage lautet: Was folgt aus Individualisierung, oder: Was wird aus Bindungen und Zwängen, die im Zuge von Individualisierung auf- oder abgelöst werden? Betrachten wir, was bei der Bildung des Paares, später, was bei einer Trennung geschieht. Ich beschreibe den Prozeß in sechs Schritten:

1. *Bildung des ‚gehobenen Konsenses‘*: Das zusammenziehende Paar macht sich die Befreiung aus traditionellen Rollenvorgaben – Individualisierung – als hohen Wert zu eigen. Es fürchtet nicht Tod und Teufel, sondern nur zwei Dinge: daß es als Paar so werde wie seine Eltern, also traditionsbestimmt, und daß jeder der beiden sein individuelles Ich an das gemeinsame Ich, also das Paar, verliere. Deshalb wird alles, was möglich ist, so lange wie möglich aus dem gemeinsamen Paarbetrieb herausgehalten, Wäschewaschen und Bügeln zum Beispiel. Und wenn dann endlich doch die Waschmaschine gekauft ist – ein schwerer Symbol-Akt der Vergemeinschaftung –, folgen daraus neue Differenzen: Er will bei 60 Grad waschen, sie bei 30, er plädiert für den Trockner, sie für die Wäscheleine, sie bügelt die Jeans, für ihren Partner ist dies ein kleinbürgerlicher Horror, sie häufelt die Höschchen nach Größe und Farbe, er wirft sie achtlos in den Schrank – oder umgekehrt.

Jeder weiß, wie schwer in diesen Dingen der Weg zum Konsens ist. Wenn man sich nicht einigen kann, verzichtet man auf gemeinsame Entscheidungen. Jeder macht es so, wie er – oder sie – will. Individualisierung ist die Lösung eines Konsensproblems – durch einen höheren, oft unausgesprochenen Konsens. Es kann auch, wie Alois Hahn brillant gezeigt hat, eine Konsensfiktion sein⁶. Mit ihrer Individuali-

4 Vgl. Erving Goffman, *Asylums*, New York 1961.

5 Vgl. Jean Claude Kaufmann, *Zur Soziologie schmutziger Wäsche*, Konstanz 1994.

6 Vgl. Alois Hahn, *Konsensfiktionen in Kleingruppen*. Dargestellt am Beispiel von jungen Ehen, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1983, Sonderheft 25, S. 211–232.

sierungsentscheidung haben sich die beiden zugleich für eine Rückbindung entschieden, sogar für eine mehrfache: Sie haben sich erstens geeinigt, daß sie in bezug auf die Wäsche keine Einigkeit haben; zweitens, daß das nicht so schlimm ist; drittens, daß jeder seine eigene Wäsche macht; viertens, daß sie die Unordnung oder den Ordnungsfimmel ihres Partners tolerieren; fünftens, daß sie auf seine Schrankseite nicht übergreifen und sechstens, daß sie trotz Differenzen weiter zusammenleben. Schon über einer einzigen internen Differenz hat das Paar einen vielschichtigen Konsens höherer Ordnung errichtet. Es hat die Optionen für den einzelnen erweitert und zugleich eingeschränkt. Er hat nun nicht mehr die Wahl, sich in puncto Wäscheordnung einen Partner nach seinem Ebenbild zu schaffen. Zugleich haben die beiden den Grundstein für eine spezifische, dem Paar eigene Tradition des Wäscheordnens gelegt. Wird sie haltbar sein?

2. *Rückwendung zu traditionellen Mustern:* Der zarte Keim einer neuen Paartradition tritt in Konkurrenz zu den Traditionen der Herkunftsfamilien – und zu dem Bestreben der Individuen, sich im Paar Freiräume zu erhalten. Und merkwürdigerweise greifen der junge Mann und die junge Frau bei ihren Individualisierungsbewegungen auf ihre Herkunftsfamilien zurück. Denn die individuelle Ordentlichkeit oder Schlampigkeit, auf der jeder beharrt, kommt ja nicht von ungefähr. Was wir hier als Individualisierung innerhalb des Paares beobachten, ist der Zusammenprall zweier vorgängiger Ordnungsmuster aus den Herkunftsfamilien. Das Ergebnis ist entweder, wie eben gezeigt, die Zusammenführung zu einer höheren Ordnung, die die Widersprüche enthält. Oder aber es passiert etwas anderes: Eines Tages ist die junge Frau es leid, sich über das Wäscheknäuel ihres Mannes neben ihrem säuberlichen Stapel zu ärgern. Sie legt selbst Hand an, um Ordnung zu schaffen – wie es ihre Mutter bei ihrem Vater getan hat. Unversehens ist man wieder angelangt bei den traditionellen, oft verhaßten Rollen. Es geht hier nicht um die Beharrungskraft des Alten, sondern um einen anderen Punkt: um den aktiven Part, den Individualisierung bei der Herstellung und Wiederherstellung von Traditionen spielt: „Die Reproduktion früherer Rollenmuster ist nicht einfach ein Erbe der Tradition, sondern resultiert zum größten Teil aus der Konstruktionsarbeit der Akteure selbst, die ihrerseits eine Reaktion auf eine bestimmte partnerschaftliche Situation darstellt. Sie begnügen sich nicht einfach damit, diese Rollen zu übernehmen, sondern erfinden sie auf ihre Weise neu.“⁷

3. *Verdrängung traditioneller Handlungsmuster:* Natürlich sind das unbewußte, ungewollte Prozesse. Vergemeinschaftung kommt auf leisen Sohlen, hinter dem Rücken der Beteiligten. Trotzdem sind die Vorgänge nichts Innerliches und Unsichtbares. Im Gegenteil, es handelt sich um äußerliche und sichtbare Gesten, die aber ihrer Trivialität wegen in ihrer Bedeutung nicht erkannt werden. Aus wiederholten Gesten bilden sich Gewohnheiten, neue und alte Herkunftsgewohnheiten verschmelzen und unterwandern die guten Vorsätze, mit denen man angetreten ist, etwa das normative Programm einer partnerschaftlichen Ehe mit strikter Gleichverteilung der Hausarbeit. Weil sie zu den manifesten Werten des Paares in Widerspruch stehen, *müssen* traditionale Handlungsmuster in die Latenz gedrängt werden. Dort leben sie weiter. Verdrängung ist also, für Herkunftsbindungen, ein dritter Weg.

Eine Zwischenbemerkung: Wenn die drei Formen der Rückbindung, die ich bisher erwähnt habe – der gehobene Konsens, die Rückwendung zu traditionellen Mustern und die Verdrängung –, im Prozeß der Individualisierung immer mit produziert werden, dann könnten sie als Begleitschutz wirken: Das Paar schützen sie davor, an den eigenen Individualisierungen zugrunde zu gehen. Und mein Modell der Dialektik von Rückbindung und Individualisierung würden sie gegen Widerlegung immun machen. Das wäre dann doch eine zu gefällige Dialektik. In der Realität kann eine Seite die Überhand gewinnen. Wenn das junge Paar nicht nur das Wäschewaschen individualisiert, also getrennt erlebt, sondern auch die Freizeit, die Freundschaft, den Urlaub und schließlich die Sexualität, dann ist irgendwann der Punkt erreicht, wo die rückbindenden Gegenkräfte aufgebraucht sind. Der gehobene Konsens kann dann nicht noch weiter gehoben werden, die Kraft zur Rückwendung und zur Verdrängung ist erschöpft. Das Paar zerfällt.

Steigende Trennungs- und Scheidungsraten als kollektives Phänomen gelten als der Indikator par excellence für Individualisierung. An diesem Punkt, bei der Trennung des Paares, möchte ich meine Suche nach dem Verbleib traditionaler Bindungen und Zwänge fortführen.

4. *Entstehung neuer Erzwingungsmuster:* Ein Teil der traditionellen Bindungen und Zwänge wandert sicher in den gehobenen Trennungs-Konsens. Die Partner sagen: *Wir* trennen uns; oder: *Wir* haben uns getrennt. Was ist das für ein *Wir*? Es ist nicht das Arzt-Patienten-*Wir*: Wie fühlen wir uns heute? Es ist nicht das verschwommene völkische oder kulturelle *Wir*, bei dem unklar bleibt, wen es alles

7 J. C. Kaufmann (Anm. 5), S. 117.

einschließt. Es ist ein sehr bestimmtes Wir: eine Frau, ein Mann, niemand sonst. Und doch ist es ein illusionäres Wir. Es nährt die Illusion, daß hier zwei gleichermaßen und zu gleicher Zeit gemeinsam die Trennungs-Entscheidung getroffen, eine Option wahrgenommen haben.

Das kommt vor. Aber es ist selten. Normal ist die Trennung im Streit. Über alles mögliche wird gestritten, über Schlamperei und Ordnung, Geld, Sex, Lügen und Video. Aber um all das geht es nicht.

Was wirklich und letztlich umstritten ist, ist die Trennung selbst. Eine oder einer von beiden will sie, der oder die andere nicht. Wer gewinnt? Immer der- oder diejenige, der oder die gehen will. Bis zur Novellierung des Familienrechts im Jahr 1977 konnte sich der Bewahrer oder die Bewahrerin des Paares noch durchsetzen. Seither ist es umgekehrt. Faktisch, moralisch und rechtlich ist die Gesellschaft auf die Seite derjenigen umgeschwenkt, die die Trennung wählen. Egal wie man wertend dazu steht: Hier ist ein Trend zu erkennen – und ein ganz starker empirischer Befund – der für die Verfechter der Individualisierungstheorie spricht. So scheint es wenigstens. A erweitert seine Optionen, wählt die Trennung. Und was wählt B? B hat keine Wahl. Die Option zwischen Zusammenleben und Auseinandergehen ist ihm genommen – von A. B kann sich nur noch abfinden und irgendwann einwilligen – und somit nachträglich den illusionären Trennungs-Konsens zu einem realen machen. Reden wir nicht von der Schmerzlichkeit des Prozesses, die eine besondere ist: weil einem eine Wahlmöglichkeit von besonderer Wichtigkeit, von einem besonders geliebten Partner in einer besonders auf Gleichheit normierten Institution abgenommen wird. Reden wir als Theoretiker: Die gewonnene Wahlmöglichkeit des einen bedeutet den Verlust der Wahlmöglichkeit des anderen. Oder: Individualisierung als Freisetzung aus traditionellen Mustern (der lebenslangen Ehe) bedeutet die Einrichtung von neuen Erzwingungsmustern, nicht einfach als individuelle Launen, sondern als kollektive Institutionen, gesellschaftlich und rechtlich gestützt. Dies ist der vierte Weg, den traditionale Bindungen nehmen: Im Durchlauferhitzer von Individualisierung verwandeln sie sich in neue Erzwingungsmuster.

Das ist das Gegenteil von dem, was Individualisierungstheoretiker meinen, wenn sie vom Entstehen neuer Zwänge sprechen. Sie meinen: den Zwang zur Wahl, den Zwang wählen zu müssen. Was aber zusätzlich entsteht, ist der Zwang, nicht wählen zu können.

5. *Rückverwandlung von Wahlbindungen in nicht gewählte Herkunftsbindungen:* Die Individualisierungstheoretiker haben demgegenüber eine andere Vision von dem Weg, den traditionale Bindungen nehmen: Sie verwandelten sich in andere, neue Lebensformen, „in denen die einzelnen ihre Biographie selbst herstellen, inszenieren, zusammenschustern müssen ...“⁸. Das ist die Idee von der Bastelbiographie. *Nach* der Trennung mag man studieren, umschulen, in einen Beruf einsteigen, sich bei Greenpeace engagieren, einen neuen Partner oder eine neue Partnerin wählen. Genau genommen handelt es sich dabei um die Verwandlung von Wahlbindungen in andere Wahlbindungen. Daß nicht alle alles wählen können und daß die Wahlmöglichkeiten besonders eingeschränkt sind, wenn man alt, arm, wenig gebildet, Frau mit Kindern ist, ist bekannt. Ich möchte die Aufmerksamkeit auf einen anderen Punkt lenken. Je häufiger man seine Wahlbindungen erneuert – von einem Job zum nächsten, von einem Partner zum nächsten –, desto mehr entwerten sie sich gegenseitig: im Vergleich zu den Herkunftsbindungen, die man nicht gewählt hat und nicht wählen kann.

Bei der Trennung des Paares geschieht, was ich eingangs schon als den zweiten Weg der Individualisierung im Paar beschrieben habe: Die sich individualisierenden Bindungen führen zurück zur alten Ordnung der Herkunftsbindungen. An wen wenden sich die modernen Menschen, wenn die Beziehung zerbricht? Der nächste Partner steht selten sogleich zur Wahl bereit. Der Psychotherapeut ist fern und teuer, mit dem Pfarrer hat man meist nichts mehr zu schaffen. Da sind es Eltern, Geschwister, Großeltern, Tanten, Onkel, Cousins und Cousinen, Jugendfreunde, also altvertraute Personen, bei denen man Halt und Unterstützung sucht. Ihnen wenden wir uns, wenn die Paarbeziehung zerbricht, Halt und Unterstützung suchend, zu. Wir wählen diese Bindungen nicht. Wir haben sie auch früher nicht gewählt. Wir haben sie nie wählen können. Und – wir werden sie nie abwählen können. Sie sind immer schon da. Und sie bleiben. Darin liegt ihre unvergleichliche, von keiner erwählten Bindung einzuholende Qualität. Auch wenn wir uns mit den Eltern zerstritten, mit den alten Freunden auseinandergelebt haben: die latenten Bindungen lassen sich in der Regel aktivieren. Wir wissen empirisch, daß das geschieht, und müßten es genauer untersuchen. Der Individualisierungsprozeß, der in der Trennung des Paares, also in der Auflösung einer Wahlbindung

8 U. Beck/E. Beck-Gernsheim (Anm. 2), S. 8.

gipfelt, führt zur Rückverwandlung dieser Wahlbindung in nicht gewählte Herkunftsbindungen.

Noch deutlicher wird dies, sofern das sich trennende Paar Kinder hat. Mag sein, daß das moderne Paar gewählt hat, Kinder zu haben. Wenn sie aber da sind, hat es nicht mehr die Wahl, sie so oder so oder überhaupt nicht mehr zu wollen. Erst recht die Kinder haben keine Wahl. Die Kind-Eltern-Beziehung ist die traditionellste, die Herkunftsbeziehung par excellence. Und während die Eltern ihre Wahlbindung aus freien Stücken lösen, kämpfen sie erbittert um die Bindung zum Kind, um dessen Herkunftsbindung. Die Herkunftsbindungen lösen die Wahlbindungen ab – und nicht umgekehrt, wie uns die Individualisierungsthese glauben machen will.

Die Suche danach, was mit den freigesetzten (sich auflösenden oder ablösenden) Paarbindungen geschieht, ist damit noch nicht beendet. Die Freisetzung produziert, wie man heute sagt, Alleinerziehende, das heißt Familien, die ihre Wahlbindungen abgestoßen haben und nur noch aus Herkunftsbindungen bestehen. Das ist, in modernen Gesellschaften, eine Folge von Individualisierung. Weit entfernt davon, die Kluft zwischen den Generationen aufzureißen, geht der Trend dahin, drei und vier Generationen zusammenzubinden, also Herkunftsbindungen nicht nur zu verstärken, sondern auch zu verlängern. Die rüstigen Rentner helfen heute den Enkeln nicht nur materiell und handfest, sondern in jeder Beziehung, möglicherweise mehr als je zuvor.

Gleichwohl sind die alleinerziehenden Frauen heute in besonderem Maße Individualisierungsoffer und unterstützungsbedürftig. An wen wenden sie sich – oder wir uns als ihre Fürsprecher –, wenn sie Unterstützung brauchen bzw. ihre Ansprüche auf Sozial- und Erziehungshilfe, einen Kindergartenplatz und auf Steuererleichterungen realisieren wollen? Nicht an die Europäische Union, die UNO, die Welthungerhilfe, sondern an die Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat. Solange dieser im nationalen Rahmen organisiert ist – und nicht etwa als Weltsozialstaat –, solange bestärkt er mit seinen Leistungen an uns und wir mit unseren Forderungen an ihn diesen nationalen Herkunftsrahmen. Denn in den Solidarverbund des Sozialstaats wird man in aller Regel hineingeboren. Die Individualisierungsprozesse aus dem Paar heraus bestärken also nicht nur Herkunftsbindungen im kleinen, sondern auch im großen, im nationalen Rahmen. Anders gesagt: Ein Teil der Bindungen, die aus dem Paar freigesetzt werden, wandert in größere Rahmen aus, verwandelt sich

in nationale Bindungen. Es könnten auch übernationale sein. Unsere Bindungen sind nicht an sich chauvinistisch. Sie wandern dahin, wo sie bedient werden.

Was hier für die Paarbeziehung festgestellt wurde, läßt sich mutatis mutandis für eine ganze Reihe unterschiedlicher gesellschaftlicher Organisationen und Institutionen sagen. Überall suchen soziale Gebilde, die auf freien Wahlentscheidungen ihrer Mitglieder beruhen, die Rückbindung, ja Rückversicherung in ihren nicht gewählten Herkunftskontexten: Fußballvereine (sogar kommerzielle) lassen sich von den jeweiligen Kommunen subventionieren. Unternehmer lassen sich durch Steuervorteile an ihre Standorte binden. Freie Kirchengemeinden erstreben genauso wie die etablierten Kirchen Steuer- und Schulprivilegien vom Staat, der entweder ihr Herkunftsstaat ist oder es auf diese Weise wird. Die Tarifautonomie ist ohne die vom Herkunftsstaat garantierten Rahmenbedingungen nicht denkbar etc.

6. Höherbewertung von Liebe und Ehe: Die – vorläufig – letzte Station auf meiner Suche nach dem Verbleib sich auflösender Paarbeziehungen ist wieder das Paar selbst, diesmal aber nicht als individuelle, handfeste Zweisamkeit, sondern als Träger einer kollektiven Idee der Zweisamkeit. Meine These lautet: Die sich auflösenden individuellen Liebes- oder Ehebindungen verwandeln sich, in den Köpfen der Beteiligten, in kollektive Bindungen an den Wert von Liebe und Ehe. Der Wert der Liebe ebenso wie der Wert der Ehe werden bestärkt dadurch, daß individuelle Liebes- und Ehebindungen aufgelöst werden.

Dies ist nun eine besonders paradoxe Wendung. Sie widerspricht vollständig dem gesunden Menschenverstand, dem konservativen Kulturpessimismus und der Individualisierungsthese, die ja allesamt in Trennungen und Scheidungen das Menetekel für die Auflösung der traditionellen Institution der Ehe sehen.

Meine Überlegung ist die folgende: In jedem Paar gibt es von Anfang an eine sozial geprägte Vorstellung von einem liebe- und verständnisvollen, harmonischen Zusammenleben. Dies ist eine kollektive, von vielen geteilte Wertvorstellung. In den Niederungen des Alltags wird sie individuell enttäuscht. Zwei Reaktionen sind denkbar: Entweder schleift das Paar sein Idealbild an der Realität ab; es lockert seine Bindung an die kollektiven Werte der Liebe und des Verständnisses. Oder es hält diese kollektiven Wertansprüche als verbindlich hoch und löst die eigene individuelle Bindung als unzulänglich auf. Wir trennen uns von einer Per-

son und von einer individuellen Bindung, nicht von der Liebesbindung als Institution. Um das Argument noch ein Stück weiter zu treiben: Bevor die Liebe als Institution im Alltag des individuellen Paares verschlissen wird, gibt dieses sich selbst auf. Noch etwas dramatischer: Das Paar opfert seine individuelle, etwas mickrige Bindung auf dem Altar einer kollektiven Vorstellung von Harmonie und Verständnis, wie sie sein sollten. Die Auflösung der als unzulänglich empfundenen individuellen Paarbindung führt dazu, daß das Liebespaar als kollektive Institution nur um so reiner hervortritt. Die brüchig gewordenen Bindungen an einen Partner aus Fleisch und Blut verwandeln sich in Bindungen an eine Idee, also in reine Wertbindungen, die von einem größeren Kollektiv geteilt werden. Die Institution des Liebespaares geht aus allen Individualisierungen als Sieger hervor. Sie hat heute soviel kollektives Gewicht, daß man meinen könnte, daß sie die Institution der kirchlichen oder staatlichen Ehe gar nicht mehr braucht.

Um so verwunderlicher ist es, daß sich auch die Institution der Ehe durch alle Individualisierungen hindurch verstärkt. Auch gleichgeschlechtliche Paare wollen heute heiraten. Auch unverheiratete Paare wollen steuerlich, rechtlich und moralisch so behandelt werden, als ob sie verheiratet wären. Die Ehe als Idee ist auf der ganzen Linie im Vormarsch.

Ich formuliere apodiktisch, um die empirischen Gegenargumente auf den Plan zu rufen: Erklären nicht immer mehr junge Leute, daß sie die Ehe für unnötig halten? Wird die Heirat nicht immer weiter hinausgeschoben, mittlerweile fast bis zum 30. Lebensjahr? Scheuen nicht immer mehr Geschiedene vor einer zweiten oder dritten Ehe zurück? Steigt nicht die Zahl der Singles? Heißt es nicht überall: „Ich will mich selbst verwirklichen. Die Ehe ist nichts für mich“?

All dies kann anzeigen, daß die Ehe als individuelle Willens- und Notgemeinschaft schwächer wird und trotzdem als kollektive Vorstellung vom Liebespaar stärker. Ob das empirisch zwingend ist, wäre zu prüfen. Aber wenn die empirische Forschung neues Terrain betreten soll, müssen erst neue Fragen gestellt werden. In diesem Sinne verstehe ich meine Denkfigur der Dialektik von Rückbindung und Individualisierung als ein Suchprogramm: Wo überall und in welcher Form tauchen die Bindun-

gen und Zwänge wieder auf, die sich in der Individualisierung scheinbar verflüchtigen? Das sich ausdehnende und weitgehend unerkannte Reich der Rückbindungsprozesse sehe ich als das Entdeckungsfeld meiner Soziologie an – Individualisierungen sind nur Durchgangsstationen.

Auch die Verfechter der Individualisierungsthese nehmen vermutlich für sich in Anspruch, das Ineinandergreifen von Individualisierung und Rückbindung zu sehen. Dann verschiebt sich allerdings das Problem zu der Frage, warum aus dem faszinierenden Dualismus nur der Individualisierungsbegriff herausgegriffen und zum Signum der Moderne erklärt wurde.

Meine Vermutung ist die folgende: Nach zwei politisch verordneten Kollektivierungsschüben – im Dritten Reich mit ungeheuerlichen, in der DDR mit schlimmen Folgen – ist hierzulande alles, was mit Kollektiv und Gemeinschaft zu tun hat, in hohem Maße suspekt und diskreditiert. Der Begriff der Individualisierung enthält demgegenüber eine Verheißung: daß das, was als die Wurzel vergangener Übel angesehen wird, nämlich Autoritätshörigkeit und Gruppenshörigkeit, sich auflöst. So gesehen ist die Idee der Individualisierung tatsächlich eine erlösende. Nur solche soziologischen Begriffe, die eine Erlösungskomponente haben, werden wirklich populär. Der „herrschaftsfreie Diskurs“ und die „sich selbst organisierenden Systeme“ gehören dazu. Sie antworten auf das gleiche Problem wie der Begriff der Individualisierung: Wie werden wir die sozialen Zwänge los? Natürlich wäre es töricht, Jürgen Habermas, Niklas Luhmann oder Ulrich Beck erlöserische Absichten zu unterstellen oder die Schuld dafür zu geben, daß der Zeitgeist ihre Begriffe – ohne alle Kautelen, die Autoren machen – gierig aufsaugt. So bleibt die beunruhigende Frage, warum ausgerechnet soziologische Aufklärer die Stichworte liefern, die nach dem Ende der kollektivistischen Utopien die vakante Stelle von Leitideologien einnehmen.

Natürlich ist jeder Versuch, die soziale Welt zu begreifen, in sich selbst schon vereinseitigend und vereinfachend. Es fällt uns leicht, auf die halbierte Wirklichkeitssicht der andern hinzuweisen. Wir kommen aber nicht darum herum. Denn auch der Versuch, der Wahrheit näher zu kommen, ist ein sozialer Prozeß, der auf die Dialektik von Individualisierung und Kollektivisierung angewiesen ist.

Die Seismographen der Modernisierung Singles in Deutschland

Verfolgt man die Themen, die in Publikumszeitschriften, Fernsehmagazinen und Hörfunkfeatures in den letzten Jahren immer wieder aufgegriffen werden, so stößt man unweigerlich auf die „Singles“. Ihre Sehnsüchte, Partnerschaften, Verhaltensweisen und die von ihnen ausgehenden Probleme werden in schöner Regelmäßigkeit und Ausgiebigkeit beschrieben, bebildert, mit Beispielen und Zitaten belegt und von Wissenschaftlern untermauert. Die Diagnosen fallen entweder negativ aus und lauten: Egoismus, Narzismus, Beziehungsunfähigkeit, Einsamkeit und/oder Sozialschmarozertum. Oder aber es werden positive Zeugnisse ausgestellt. Sie heben die Singles als leuchtende Exemplare von Emanzipation, Autonomie und beruflicher Leistung hervor.

Zweierlei fällt dabei auf. Erstens: Wie auch immer die Berichte ausfallen, sie sind keinesfalls neutral gehalten. Entweder werden die Singles in den Himmel gehoben, oder aber sie werden verdammt, bestenfalls bemitleidet. Und zweitens: Bedenkt man, wie klein die Gruppe der Singles ist – Näheres dazu weiter unten –, so fragt sich schon, wieso man so viel Aufhebens um so wenige Leute macht, wieso eine so kleine Gruppe so große Emotionen weckt.

Im folgenden soll gezeigt werden, daß beides, das Mißverhältnis zwischen der Zahl der Singles und der öffentlichen Aufmerksamkeit auf sie sowie die Schärfe der Urteile über Singles, nicht zufällig entsteht, sondern seine systematischen sozialen Gründe hat. Die Erregung über die kleine Gruppe der Singles verrät viel über die Hoffnungen und Ängste der Menschen in der Moderne. Singles sind darüber hinaus eine Art Seismograph für die gegenwärtige und anstehende Situation moderner Menschen überhaupt. In mancher Hinsicht sind diese Hintergründe des Aufhebens und der Aufregung um die wenigen Singles interessanter als die Singles selbst, die sich soziologisch in vieler Hinsicht so dramatisch gar nicht darstellen.

Zuvor aber ist das zu tun, was in populären Zeitschriftenartikeln und Rundfunkbeiträgen üblicherweise nicht geschieht: Sine ira et studio soll untersucht werden, welche Menschen als Singles

bezeichnet werden (können), wie viele Singles es heute gibt und früher gab, wie sie denken und leben. Dabei ist auch zu zeigen, ob einerseits die weitverbreiteten Befürchtungen zutreffend oder ob andererseits die populären Hoffnungen berechtigt sind, die sich mit dem Leben von Singles verbinden.

I. Was ist ein Single?

Die Zahl der Einpersonenhaushalte wächst bekanntlich ständig. 1961 bestand erst jeder fünfte, 1997 schon mehr als jeder dritte (35,3 Prozent)¹ Haushalt in Deutschland aus nur einer Person. In der Bundesrepublik lebten 1997 schon knapp 13,5 Millionen Menschen alleine. Nicht selten werden sie alle unterschiedslos als Singles bezeichnet. Daran kann man zwar niemanden hindern, es entspricht aber weder dem üblichen Sprachgebrauch, noch dient es der Unterscheidungsfähigkeit. Eine 78jährige Witwe, ein 40jähriger Geschiedener und 21jährige Studierende lassen sich nicht schadlos über den gleichen Kamm des Begriffs „Single“ scheeren, auch dann nicht, wenn sie alle alleine leben. Dazu sind die Ursachen und Motive ihres Alleinlebens, ihre Lebensbedingungen, ihre Lebenseinstellungen sowie die Wirkungen und Probleme zu verschiedenen, die sie für Mitmenschen hervorrufen.

Nebenbei: Wenn ein gutes Drittel aller Haushalte in Deutschland mittlerweile Einpersonenhaushalte sind, wird daraus häufig geschlossen, daß heute schon ein Drittel aller Menschen alleine lebt. Sogar in einer renommierten Zeitung war in einer dreispaltigen Überschrift zu lesen: „Jeder dritte Deutsche lebt im Single-Haushalt.“² Dies ist natürlich ein Fehlschluß: In dem guten Drittel der Einpersonenhaushalte leben nur ca. 16 Prozent der Bevölkerung Deutschlands, in den knapp zwei Dritteln der Mehrpersonenhaushalte leben logischerweise mehr als zwei Drittel der Menschen.

1 Vgl. Mikrozensus 1997, zit. in: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes.

2 Süddeutsche Zeitung vom 5. 10. 1993.

Für die Sozialpolitik, Wohnungsbaupolitik etc. macht das einen großen Unterschied.

Aus der kaum übersehbaren Anzahl und Vielfalt der Single-Definitionen³ sollen drei herausgegriffen werden. Sie alle bezeichnen nur Teile der Alleinlebenden als Singles. Jede von ihnen kann dazu dienen, andere Erscheinungen sichtbar zu machen und je bestimmte Fragenbereiche zu beantworten. Dem Alltagsverständnis von „Singles“ kommt dabei die zweite und die dritte Version am nächsten.

Erstens können als „Singles“ alle jene bezeichnet werden, die *im mittleren Lebensalter alleine leben*, ohne Rücksicht auf Familienstand, Partnerschaft, Kinder (außer Haus) und Lebenspläne. In einer eigenen Untersuchung⁴ hat sich nach eingehenden Berechnungen herausgestellt, daß die 25- bis unter 55jährigen Alleinlebenden viele typische Gemeinsamkeiten aufweisen, die ältere und jüngere nicht haben. Deshalb wurden als Singles alle Alleinlebenden *im Alter von 25 bis unter 55 Jahren* bezeichnet. Grundgedanke der Definition ist, daß in diesem Alter die weit überwiegende Mehrzahl der Menschen in Partnerschaften bzw. in Familien lebt und dies auch oft erwartet wird. In höheren und in jüngeren Altersgruppen ist dies weit weniger der Fall.

Zweitens können alle *im mittleren Lebensalter partnerlos Alleinlebenden* „Singles“ genannt werden. Auch hierbei spielen Familienstand, Zahl der Kinder (außer Haus) und Lebensziele etc. keine Rolle. Zum Teil wurden hierbei engere Altersgrenzen als die o. g. verwendet⁵. Selbstverständlich gerät mit dieser engeren Definition eine homogenere Bevölkerungsgruppe in den Blick.

Und drittens besteht die Möglichkeit, nur jene Personen „Singles“ zu nennen, die *im mittleren Lebensalter alleine leben, keinen festen Partner haben und angeben, aus eigenem Willen und für längere Zeit alleine leben zu wollen*. Dieser „harte Kern“ der Singles mit einem festen, bewußt verfolgten Lebensentwurf stellt nun auch hinsichtlich seiner Einstellungen und Motive eine relativ homogene Gruppe dar. Freilich handelt man sich mit die-

ser Definition arge Probleme bei der empirischen Abgrenzung ein: Was heißt das genau, „keinen festen Partner“ zu haben und „aus eigenem Willen“ alleine zu leben? Dafür entspricht diese engste Single-Definition jedoch dem „öffentlich verbreiteten“ Bild der Singles am besten.

II. Wie viele Singles gibt es heute, wie viele gab es früher?

Für viele enttäuschend undramatisch fallen die folgenden Zahlen aus: Geht man großzügig mit der Bezeichnung „Single“ um und verwendet die erstgenannte weite Definition – was im folgenden immer dann geschehen soll, wenn nichts anderes angegeben ist –, dann lebte 1992 allenfalls jeder zwölfte (gut acht Prozent; d. h. ca. 6,5 Millionen) erwachsene Bewohner Deutschlands als Single⁶. Als „harter Kern“ der Singles im Sinne der dritten Definition können, rechnet man einschlägige Untersuchungen hoch, höchstens drei Prozent der erwachsenen Bevölkerung gelten.

Schon etwas spektakulärer verlief der *Anstieg* der Singles in den letzten Jahrzehnten. Es waren nämlich, anders als viele annehmen, nicht die Älteren (55 Jahre und älter) und auch kaum die Jüngeren (bis unter 25 Jahre alt), die den rapiden Zuwachs der Alleinlebenden bzw. der Einpersonenhaushalte seit den sechziger und siebziger Jahren hervorbrachten, sondern die „Singles“, die Alleinlebenden zwischen 25 und 55. Je jünger diese waren, desto öfter entschieden sie sich in den vergangenen drei Jahrzehnten fürs Alleinleben. Die Zahl der alleinlebenden 25- bis 45jährigen hat sich seit 1972 in den alten Bundesländern fast verdreifacht. Von den 25- bis 35jährigen lebten 1961 erst 5,3 Prozent, 1972 schon 7,5 Prozent und 1990 bereits volle 18,5 Prozent alleine⁷.

Was diese Zunahme vollends bemerkenswert macht, ist der Umstand, daß das massenhafte Alleinleben zu den wenigen gesellschaftlichen Phänomenen zählt, die historisch wirklich neu sind. In vorindustriellen Gesellschaften war das wirtschaftliche und oft auch das physische Überleben in der Regel nur in der Gemeinschaft des „ganzen Hauses“ möglich⁸. Auch nach der Industrialisierung und noch bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, als

3 Vgl. z. B. Ronald Bachmann, Singles. Zum Selbstverständnis und zum Selbsterleben von 30- bis 40jährigen partnerlos alleinlebenden Männern und Frauen, Frankfurt am Main 1992, S. 238 ff.; Sybille Meyer/Eva Schulze, Balancen des Glücks. Neue Lebensformen: Paare ohne Trauschein, Alleinerziehende und Singles, München 1989, S. 77 f.

4 Vgl. Stefan Hradil, Die „Single-Gesellschaft“, München 1995.

5 R. Bachmann (Anm. 3) faßte nur die 30- bis 40jährigen partnerlos Alleinlebenden als Singles auf.

6 Vgl. Allbus 1992, zit. in: S. Hradil (Anm. 4), S. 21.

7 Vgl. S. Hradil (Anm. 4), S. 20.

8 Peter Borscheid, Von Jungfern, Hagestolzen und Singles. Die historische Entwicklung des Alleinlebens, in: Sylvia Gräbe (Hrsg.), Lebensform Einpersonenhaushalt. Heraus-

durch Lohnarbeit und Rentenversicherung schon wichtige wirtschaftliche Grundlagen des Alleinlebens geschaffen waren, fehlte es u. a. an Wohnraum und Liberalität, um das Alleinleben, zumal von Frauen, häufiger werden zu lassen. Zwar gab es Einsiedler, „Hagestolze“ und „alte Jungfern“, aber erst ab Anfang der sechziger Jahre unseres Jahrhunderts begann das Alleinleben im mittleren Alter massenhaft möglich, toleriert und üblich zu werden.

III. Warum leben immer mehr Menschen alleine?

Der historisch späte und in bestimmten Altersgruppen steile Anstieg des Alleinlebens legt die Frage nahe, wie es dazu kam. Grob sortiert, lassen sich drei Gruppen von Gründen erkennen:

Erstens wurden Lebensbedingungen seltener, die zuvor das Alleinleben unmöglich oder schwierig gemacht hatten. Möglicherweise ist ja der Mensch gar nicht das weitgehend soziale Wesen, das wir meist unterstellen. Vielleicht gab es auch zuvor schon viele Menschen, die gerne alleine leben wollten, es aber in „Pest-, Hunger- und Kriegszuständen“ nicht konnten⁹. Wohlstand (Alleinleben ist eine teure Lebensform), Wohnraum, Urbanisierung, sozialstaatliche Sicherungen, der ökonomische und gesellschaftliche Bedeutungsverlust der Ehe, sexuelle Liberalisierung, die Entdiskriminierung von Alleinlebenden etc. schufen die Möglichkeiten dazu.

Zweitens wurden Umstände häufiger, die Menschen, auch wenn sie nicht unbedingt alleine leben wollten, geradezu in das Single-Dasein hineintrieben. Zu diesen „Push-Faktoren“ zählen u. a. die Zunahme der Scheidungen, die Durchsetzung der Marktmechanismen mit ihren Konkurrenz- und Mobilitätswängen sowie die schlechten Chancen hochqualifizierter Frauen, ihre Ausbildung auch nach Gründung einer Familie beruflich angemessen zu verwerten. Vielleicht ist auch eine zunehmende Bindungs- und Beziehungsunfähigkeit zu diesem Ursachenfeld zu zählen.

forderungen an Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Frankfurt am Main – New York 1994, S. 23–54.

⁹ Arthur E. Imhof, Von der schlechten alten Zwangsgemeinschaft zum guten neuen Single?, in: Gerd Grözinger (Hrsg.), Das Single. Gesellschaftliche Folgen eines Trends, Opladen, 1994, S. 17 f.

Schließlich findet sich drittens ein Bündel von Gründen, die das Alleinleben im mittleren Lebensalter zunehmend attraktiv machen. Für diese „Pull-Faktoren“ sorgten die Bildungsexpansion, Statuszuweisungsprozesse außerhalb der Familie durch Schule, Ausbildung und Beruf, der „Wertewandel“ mit zunehmenden Selbstverwirklichungsbestrebungen, kulturelle Individualisierung, Emanzipationsbestrebungen von Frauen u. a. m.

Die weitere Entwicklung dieser vielen Bestimmungsgründe wird darüber entscheiden, ob und gegebenenfalls wie sehr das Alleinleben im mittleren Lebensalter weiterhin zunehmen wird.

IV. Wie leben Singles?

Über die Lebensbedingungen, Lebensformen und Lebensweisen von Singles kursieren zahlreiche Vermutungen. Viele, aber nicht alle von ihnen treffen zu.

Lebensbedingungen, das sind die äußeren, von der Wahrnehmung und Bewertung der Menschen kurzfristig kaum beeinflussbaren Rahmenbedingungen des Daseins, wie zum Beispiel Einkommensverhältnisse oder Wohnbedingungen. *Lebensform* nennt man die typischen Beziehungsgefüge, wie zum Beispiel eine „normale“ Zwei-Eltern-Familie, die Familie einer Alleinerziehenden, ein kinderloses Paar oder eben einen Single mit ihren jeweiligen Verwandtschafts- und Bekanntenkreisen, in denen Menschen dauerhaft leben. *Lebensweisen* sind dagegen die typischen Muster alltäglichen Denkens und Verhaltens.

1. Lebensbedingungen

Was die Lebensbedingungen betrifft, so treffen zahlreiche populäre Annahmen zu: Singles sind in der Tat überdurchschnittlich gut gebildet und ausgebildet, oft beruflich erfolgreich, erzielen überdurchschnittlich hohe Einkommen, wohnen (pro Kopf) in relativ großen Wohnungen und geben auch mehr Geld aus als Menschen, die mit anderen zusammenleben. Abgesehen von einer kleinen Gruppe von meist männlichen „Problem-Singles“, die allenfalls ein Fünftel aller alleinlebenden Männer umfaßt, muß man sich also um die äußeren Lebensumstände von Singles keine allzu großen Sorgen machen.

So hatten Ende der achtziger Jahre volle 37 Prozent der Single-Männer und gar 40 Prozent der weiblichen Singles das Abitur vorzuweisen, aber nur 25

Prozent der verheirateten Männer und nur 16 Prozent der verheirateten Frauen der gleichen Altersgruppe¹⁰. Ähnlich vorteilhaft sieht es mit der Berufsausbildung der Singles aus. Wichtig ist hierbei nicht nur der Bildungsvorsprung der weiblichen vor den männlichen Singles und erst recht vor den verheirateten Frauen, sondern mehr noch der Umstand, daß sich weibliche Singles zu ganz hohen Anteilen aus hochgebildeten Frauen zusammensetzen, während bei den Single-Männern das gesamte Bildungsspektrum vertreten ist.

Berücksichtigt man noch, daß Single-Frauen wesentlich mehr verdienen als Frauen, die mit anderen Personen zusammenleben, jedoch etwas weniger als männliche Singles¹¹, so läßt sich eines der oben genannten Motive empirisch untermauern, das Frauen geradezu ins Alleinleben treibt: Sie haben als Singles weit bessere Chancen denn als Verheiratete bzw. als Mütter (wenn auch nicht ganz so gute wie Männer), ihre mittlerweile oft hervorragende (Aus-)Bildung wenigstens ein Stück weit in klingende Münze umzusetzen.

Im Vergleich zu anderen Lebensformen erzielen Singles ausgesprochen gute Einkommen. An der Spitze stehen freilich die verheirateten und unverheirateten Paare ohne Kinder. Aber gleich dahinter kommen die Single-Männer, ein gutes Stück dahinter die weiblichen Singles. Diese stellen sich aber immer noch deutlich besser als alle Typen von Familien mit Kindern im Haushalt, verdienen auch mehr als die Verheirateten insgesamt¹².

Auch andere weitverbreitete Einschätzungen stimmen: Singles leben überwiegend und weit häufiger als die übrige Bevölkerung in der Großstadt, ein Drittel der Singles lebt sogar in den wenigen Millionenstädten Deutschlands, doppelt so viele wie Nicht-Singles¹³. Das Großstadtpflaster ist das Terrain, das Singles brauchen. Hier können sie ihre Bekannten in der Nähe finden, hier sind Kneipen und Geschäfte nahe und Vorurteile selten.

Die Wohnung war schon immer eine stark mit Emotionen und (Un-)Sicherheitsgefühlen besetzte „Heimat“. Heute stellt sie zudem einen Ort der

Selbstverwirklichung, der Ausformung der eigenen Individualität, der Stilisierung der eigenen Lebensweise und des persönlichen Rückzugs dar. In ganz besonderem Maße gilt das für Singles. Sie verbringen viel Zeit in ihrer Wohnung. Diese ist „Sanatorium und Tankstelle“, „Spielwiese der eigenen Individualität“, hier leben Singles nicht selten ihre „fiktive Familie“ aus¹⁴. Singles leben erwartungsgemäß überproportional oft zur Miete und selten in Wohneigentum. Dies hat wohl mit ihrem häufig niedrigen Alter und mit ihrer wenig auf die Zukunft ausgerichteten Lebensführung zu tun.

Aber nicht alle Vermutungen über Singles treffen zu: Entgegen häufig geäußerten Meinungen wohnen Singles eher selten in Ein- und Zwei-Zimmerappartements. Sie bewohnen schon in den achtziger Jahren im Durchschnitt 2,53 Wohnräume¹⁵. Und vor allem: Anders als von „rationell“ planenden Wohnungsbauern oft unterstellt, weichen Singles nicht mangels Appartements unwillig in größere Wohnungen aus, sondern wollen in großen Wohnungen leben, wenn möglich nahe der Innenstadt.

2. Lebensformen

Eine entscheidende Streitfrage unter Praktikern wie unter Gesellschaftstheoretikern ist, wie lange Singles als Singles leben. Ist das Single-Dasein ein Intermezzo oder eine stabile Lebensform? Wir können mangels weiter zurückreichender Längsschnittdaten Singles nur bis 1984 auf ihrem Lebensweg zurückverfolgen. Hieraus ergibt sich, daß zu Beginn der neunziger Jahre immerhin jeder zweite (47 Prozent) der damaligen Singles schon mindestens sechs Jahre lang allein lebte. Nur jeder siebte (15 Prozent) war fürs erste „Kurzeitsingle“ und lebte erst weniger als ein Jahr lang alleine¹⁶. Daraus ergibt sich, daß es sich bei Singles zu großen Teilen um Menschen handelt, die recht dauerhaft diesen Lebensentwurf leben (wollen oder müssen).

Wenn man, wie meist in diesem Beitrag, alle Alleinlebenden im Alter zwischen 25 und 55 als Singles bezeichnet, dann stellt sich die Frage, wie es um ihre Partnerschaften steht. Die Untersuchungen sind sich darin einig, daß längst nicht jede(r), der (die) allein *lebt*, auch allein *ist*. Allerdings gehen die empirischen Ergebnisse weit aus-

10 Vgl. Familiensurvey 1988, zit. in: S. Hradil (Anm. 4), S. 29.

11 Vgl. Allbus 1980–1990, Familiensurvey 1988, zit. in: ebd., S. 35.

12 Diese Angaben beziehen sich auf bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Haushaltseinkommen (Äquivalenzeinkommen). Vgl. Familiensurvey 1988, zit. in: S. Hradil (Anm. 4), S. 34f. Blickt man auf die persönlich erzielten Brutto- und Nettoeinkommen, so stehen die Singles sogar an der Spitze der Einkommenshierarchie der einzelnen Lebensformen.

13 Vgl. kumulierter Allbus 1980–1990, zit. in: S. Hradil (Anm. 4), S. 24.

14 Heide Soltau, Pfeifen aufs Duett. Von Singles, Alleinlebenden und anderen Solisten, Köln 1993, S. 94f.

15 Vgl. Wolfram Droht/Jens Dangschat, Räumliche Konsequenzen der Entstehung „neuer Haushaltstypen“, in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), Die Städte in den achtziger Jahren, Opladen 1985, S. 174.

16 Vgl. Sozio-Ökonomisches Panel 1984–1991, zit. in: S. Hradil (Anm. 4), S. 27.

einander – nicht verwunderlich angesichts der Dehnbarkeit des Begriffes „feste Partnerschaft“ und der emotionalen Befrachtung des Themas: Zwischen einem Sechstel und einem guten Drittel der Singles sind hiernach in festen Händen¹⁷.

Diese Partnerschaften dauern allerdings nicht allzu lange. „Living apart together“ ist hierzulande eine eher instabile Beziehungsform. Entweder lebt man als Single allein und ist erst seit kurzem liiert, oder aber man zieht bei länger andauernder Partnerschaft zusammen, oft unverheiratet. Von zwei Dritteln der Singles wird eine Partnerschaft nicht länger als zwei Jahre aufrechterhalten.

Die durchschnittliche Kürze von Partnerschaften legt eine Frage nahe, die bestimmte Presse- und Rundfunkjournalisten und deren Publikum regelmäßig umtreibt: Wie steht es mit dem Sexualverhalten von Singles? Die empirisch erhältlichen Antworten¹⁸ werden viele Hoffnungen und Befürchtungen gleichermaßen enttäuschen: Es wird niemanden erstaunen, daß mehr Allein- (33 Prozent) als im mittleren Lebensalter Zusammenlebende (10 Prozent) im letzten Jahr keinen Sexualkontakt hatten. Es wird aber auch niemanden überraschen, daß mehr Singles (25,3 Prozent) als gleichaltrige andere (4,7 Prozent) mehr als einen Sexualpartner im letzten Jahr hatten. Die Häufigkeit von Sexualkontakten ist hierbei geringer, als man sie von Alleinlebenden oft erwartet: Nur gut ein Drittel der Singles mit Sexualpraxis geben zwei oder mehr Sexualpartner pro Jahr an, gut die Hälfte berichten von maximal sechs Sexualpartnern in den letzten fünf Jahren. Anonyme, gelegentliche Sozialkontakte sind für Singles nicht typisch. Sexualität im Rahmen einer Partnerschaft, die in aller Regel sexuelle Treue einschließt, dominiert bei weitem. Der (Die) „swinging Single“ ist eine eher rare Figur.

Alle Untersuchungen stimmen darin überein, daß Singles in der Regel nicht isoliert leben, sondern im Gegenteil mit die größten Bekanntenkreise aller Lebensformen aufweisen. Westdeutsche Singles mit Partnern haben in Durchschnitt ein Kon-

taktnetz von 7,4 Personen, Singles ohne Partner von 5,8 Personen. Ehepaare haben im Schnitt 6,9 und nichteheliche Paare 7,1 Bekannte¹⁹. Der Personenkreis, zu dem „enge gefühlsmäßige Bindungen bestehen“, woher also auch Hilfeleistungen verschiedener Art zu erwarten sind, ist bei Singles sogar etwa 2 bis 3 mal so groß wie bei Nicht-Singles²⁰. Unter den Bekannten von Singles finden sich nachweislich mehr selbst „hergestellte“ Beziehungen und weniger Verwandte und Nachbarn als bei Nicht-Singles. Trotzdem, und das widerspricht vielen Erwartungen, pflegen Singles zu ihren Herkunftsfamilien, insbesondere zu ihren Eltern, eher engere Verbindungen als etwa Verheiratete²¹.

Die vielen selbst geschaffenen und sorgsam gepflegten Beziehungen einerseits, die engen Kontakte zu Eltern und Geschwistern andererseits haben ihre Gründe: Wer allein lebt, ist in sehr direkter Weise von seinem Beruf, aber auch von diversen Dienstleistungen anderer im privaten Bereich abhängig. Bedürfnisse nach Gesprächen, Freizeitaktivitäten, kleineren Hilfestellungen und emotionaler Zuwendung werden hierbei von nichtverwandtschaftlichen Netzwerken abgedeckt. Singles sind so gezwungen, regelrechte Bekanntschaftsstrategien zu entwickeln, eine „Bekanntschaftskultur“ aufzubauen²² und „Beziehungsarbeit“ zu leisten. Bei gravierenden Problemen dagegen, etwa bei längerer Krankheit oder bei größeren finanziellen Problemen, ist Hilfe nachweislich nur von Eltern und Verwandten zu erlangen. Dies erklärt mindestens teilweise die engen Bindungen an Eltern und Geschwister.

Es fällt auf, daß sich viele Lebensbedingungen und Lebensformen von weiblichen und männlichen Singles relativ wenig, von weiblichen Singles und Frauen in Familie und Partnerschaft dagegen stark unterscheiden. Dies liegt zum guten Teil daran, daß sich die weiblichen Singles dem „männlichen Normalmodell“ stark angenähert haben und sich so in Herkunft, Bildung, Erwerbstätigkeit und Arbeitszeit, Berufsstatus, Bekanntenkreisen, Partnerschafts- und Sexualverhalten von weiblichen Nicht-Singles recht weit entfernt haben.

17 Vgl. Repräsentativbefragung agis 1991, Familiensurvey 1988, kum. Allbus 1980–1990, zit. in: S. Hradil (Anm. 4), S. 40; Norbert Schneider, Familien und private Lebensführung in West- und Ostdeutschland. Eine vergleichende Analyse des Familienlebens 1970–1992, Stuttgart 1994, S. 119; Ruth Mächler, Singles – Vorboten einer anderen Moderne, München (unveröffl. Diplomarbeit) 1993.

18 Vgl. „AIDS im öffentlichen Bewußtsein der BRD“, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln 1987–1990, zit. in: S. Hradil (Anm. 4), S. 42 f.; Sybille Weber/Claus Gaedemann, Singles. Report über das Alleinleben, München 1980, S. 71; R. Bachmann (Anm. 3), S. 227 f.

19 Vgl. Elisabeth Schlemmer, „Singles“ in den neuen Bundesländern und ihre Netzwerke, in: G. Grözinger (Anm. 9), S. 79.

20 Vgl. Martin Diewald, Soziale Beziehungen: Verlust oder Liberalisierung?, Berlin 1990; Heiner Keupp, Soziale Netzwerke, Eine Metapher des gesellschaftlichen Umbruchs?, in: Heiner Keupp/Bernd Röhrle (Hrsg.), Soziale Netzwerke, Frankfurt am Main – New York 1987, S. 11–53.

21 Anmerkung der Redaktion: Siehe hierzu auch den Beitrag von Karl Otto Hondrich in diesem Heft.

22 Vgl. Eva Jaeggi, Ich sag mir selber guten Morgen. Singles – eine moderne Lebensform, München 1992.

3. Lebensweisen

Lebensbedingungen und Lebensformen werden nur dann voll verständlich, wenn auch die Lebensweisen von Menschen bekannt sind, und umgekehrt braucht man Informationen über Lebensbedingungen und Lebensformen, um das Denken und Handeln der Menschen zu verstehen. Wer z. B. besonderen Wert auf Unabhängigkeit legt, wird nicht selten zum Single werden. Und sein Dasein als Alleinlebender wird wiederum sein Autonomiestreben und -verhalten beeinflussen.

Üblicherweise geht man davon aus, daß etwa die Hälfte der Singleexistenzen mehr oder minder „freiwillig“, die andere Hälfte „unfreiwillig“ zustande kommt²³. Dies bedeutet jedoch keineswegs, daß sich eine Hälfte der Singles auf Dauer im Bewußtsein einer Zwangslage verzehrt und das Alleinleben so bald wie möglich beenden möchte. Das bedeutet genausowenig, daß die andere Hälfte der Singles permanent einen freiwillig und bewußt praktizierten Individualismus als Lebensperspektive verfolgt. Beide Extreme trifft man nur selten, die leidende Unfreiwilligkeit am ehesten bei geschiedenen Männern und bei gerade geschiedenen Frauen, das radikal individualistische Freiheitsstreben bei akademisch gebildeten Männern und bei einigen vor längerer Zeit geschiedenen Frauen²⁴. Die große Mehrheit der Singles, auch der „harte Kern“ (s. o.) von ihnen, führt früher oder später ein Leben zwischen den beiden Polen und „möchte für die eigene Zukunft eine (erneute) Partnerbindung nicht ausschließen – auch wenn teilweise mehr oder weniger große Vorbehalte gegen ihre konkrete Realisation bestehen“²⁵. Häufig ist nach einer anfänglichen Phase der Euphorie eine Ernüchterung oder aber nach einer anfänglichen Verzweiflung ein „Sich-Einrichten“ zu beobachten.

Während sich die meisten Singles irgendwann irgendwo zwischen Freiwilligkeit und Unfreiwilligkeit einrichten, leben sie den Zwiespalt zwischen „kopfbestimmter“ Nutzenkalkulation und „bauchbestimmter“ Gemeinschaftssehnsucht sowie den damit verwandten Konflikt zwischen Autonomiewunsch und Partnerschaftsbestreben oft voll aus. Hier gibt es wenige stabile Mittelwege, hier häufen sich vielmehr prekäre Balanceakte. Das Nebeneinander von Kalkulation und Emotion, von Autonomie- und Partnerschaftsbestrebungen äußert sich auch darin, daß Singles auffällig oft sowohl im Beruf als auch im privaten Lebensbereich „Erfolg“ haben wollen. Damit widersprechen ihre empirisch

nachweislichen Motivationen manchen Vorurteilen, die Singles vor allem als Berufsmenschen sehen. „Berufliche Karriere statt ‚neue Liebe‘ ist kein verbreitetes Konzept.“²⁶ Angesichts dieser Anstrengungen in Beruf und Beziehung(en) bleibt Singles wenig Raum für „öffentliches Engagement“.

Ganz so überzeugt sind Singles angesichts dieser Mühen und Spagatübungen von der Lebensform des Alleinelebens nicht: Nicht einmal jeder 15. Single (6,9 Prozent) glaubte in den achtziger Jahren, daß man alleine glücklicher sei als mit Familie. Immerhin drei von zehn Singles (sechs von zehn Nicht-Singles) sind im Gegenteil der Auffassung, daß man eine Familie braucht, um Glück zu erfahren. Nur vier von zehn Singles (zwei von zehn Nicht-Singles) meinen, daß man ohne Familie genauso glücklich werden könne als mit²⁷.

Einige weitere Hinweise sollen die Informationen über das „Innenleben“ von Singles abrunden²⁸: *Einsamkeit*, von vielen konservativen Betrachtern als unausweichliche Folge des Alleinlebens vermutet, ist zwar unter Singles, zumal unter älteren, häufiger als in anderen Gruppen anzutreffen, aber die Streuung ist groß. Die Extremgruppen von einsamen und ganz und gar nicht einsamen Singles sind recht zahlreich. *Unzufriedenheit* mit dem jeweiligen Dasein ist vor allem bei frischgebackenen Singles verbreitet. Auffällig ist andererseits die hohe Zufriedenheit vieler Frauen, die nach einer schlechten Partnerschaft und nach einer Übergangszeit alleine leben. Singles sind oft *Post-materialisten*: Sie streben wesentlich öfter nach persönlicher Selbstverwirklichung und Kommunikation und deutlich seltener nach Ordnung, Pflichterfüllung und Sicherheit als der gleichaltrige Bevölkerungsdurchschnitt. Und schließlich: Für mehr als die Hälfte der Singles (und nur ein Drittel der übrigen gleichaltrigen Bevölkerung) sind *Religion und Kirche* eher unwichtig.

V. Wieso so viel Aufhebens um die Singles?

Faßt man die dargestellten Erkenntnisse über die Lebensbedingungen, -formen und -weisen der Singles zusammen, so ergibt sich, daß sie eine

26 Ebd., S. 79.

27 Vgl. Familiensurvey 1988, zit. in: S. Hradil (Anm. 4), S. 58.

28 Vgl. ebd., S. 53 f.

23 Vgl. N. Schneider (Anm. 17), S. 120.

24 Vgl. R. Bachmann (Anm. 3), S. 138.

25 Ebd., S. 139.

recht kleine Bevölkerungsgruppe darstellen. Diese hat ihre Eigenheiten, wovon viele als Kennzeichen von Modernität gelten. Zu großer Besorgnis geben die Singles wenig Anlaß. Andererseits führen die meisten von ihnen auch kein Leben, von dem man nur träumen könnte. Um so mehr fragt man sich, wieso soviel Aufhebens um Singles gemacht wird, wieso ihnen in der (ver)öffentlich(t)en Meinung so scharfe Ablehnung oder aber so viel Bewunderung entgegenschlägt.

Die Erklärung findet sich m.E. nicht in den „objektiven“ Nachteilen oder Vorteilen, die Singles für unsere Gesellschaft mit sich bringen (werden). Diese halten sich in engen Grenzen. Außerdem stehen gewissen absehbaren Problemen durch Singles (so einer künftigen Mehrbelastung von stationären Pflegeeinrichtungen) auch einige positive Effekte (u. a. Steuerzahlungen, Konsumkraft, beruflicher Einsatz) gegenüber, die Singles zuwege bringen.

Die Erklärung für die verbreitete Aufregung um die Singles findet sich auch nur vordergründig in den „subjektiven“ Hoffnungen und Befürchtungen der Nicht-Singles. Sicher knüpfen sich manche sehnsuchtsvollen, frustrationsgeladenen und angstbesetzten Projektionen an die zwischenmenschliche Autonomie, die riskante Arbeitsmarktabhängigkeit und die harte Beziehungsarbeit der Singles. Aber man fragt sich nach den Ursachen dieser Zuschreibungen.

Eine tiefer gründende Erklärung für die immer wieder neue Aufmerksamkeit auf die Singles ist m. E. in der gegenwärtigen Situation moderner Gesellschaften und des spezifisch deutschen Wegs dorthin zu finden: *Singles machen das ausgesprochen instabile Verhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft augenfällig, das modernen Gesellschaften insgesamt und Deutschland insbesondere zu eigen ist.*

Auf der einen Seite sind Singles unübersehbar die Speerspitze der Individualisierung. Sie repräsentieren die moderne Herauslösung des einzelnen aus Gemeinschaften wie Familie, Nachbarschaft, Gemeinde, Klasse und Nation. Sie verkörpern und symbolisieren die Zwänge und die Chancen, die in der vorbildlosen Gestaltung der eigenen Lebensführung liegen. Das Single-Dasein stellt die zweckrationale Lebensform²⁹ für jene dar, deren Streben in erster Linie auf die eigene Person, auf deren Erfolge, Veränderung, Selbstreflexion etc. gerich-

tet ist, und stellt zugleich heraus, daß moderne, ausdifferenzierte Gesellschaften die Möglichkeit dieser Gestaltung von Privatheit bieten.

Andererseits macht das Single-Dasein die typischen Gemeinschaftsdefizite der Moderne erst wirklich sichtbar. Moderne Gesellschaften gaben den Menschen viele Optionen an die Hand und legten es den einzelnen auch nahe, diese zu nutzen. Die Modernisierung verschaffte viel Freiheit *von*, aber wenig Freiheit *zu*, wenig sinnstiftende – und das sind in aller Regel auch gemeinschaftschaffende – Bindungen. Moderne Gesellschaften gaben den Individuen wenige kulturelle und institutionelle Stützen, auf die Nutzung der neuen Möglichkeiten zugunsten der Gemeinsamkeit mit anderen gegebenenfalls souverän verzichten zu können. In der Single-Existenz mit ihrer schwankenden Balance zwischen Autonomiestreben und oft unerfüllter Gemeinschaftssehnsucht wird wie in einem Brennglas sichtbar, daß Gemeinschaft zum knappen Gut geworden ist.

Singles sind deswegen eine Art „Seismograph“, weil sie Individualisierungsbewegungen und Gemeinschaftsdefizite bzw. -bestrebungen anzeigen, die sich an anderer Stelle der Gesellschaft, zum Beispiel in „ganz normalen“ Familien, oft noch im verborgenen erst andeuten. Und dieses Frühwarnsystem Single ist vielen Menschen auch recht gut bewußt.

Der „Seismograph“ Singles schlägt in Deutschland weiter aus als in vielen anderen modernen Ländern³⁰. Denn die Individualisierung entwickelte sich in Deutschland vergleichsweise spät. Schon die materiellen Voraussetzungen fehlten hier vor den späten sechziger Jahren dieses Jahrhunderts fast völlig. Und die Akzeptanz der Individualisierung erreichte uns noch später. Denn die deutsche Massenkultur war traditionell gemeinschaftsseelig. Individualisierung wurde bis weit ins 20. Jahrhundert allenfalls Genies zugestanden. Daß die Autonomie der vielen einzelnen Eigenständigkeit und nicht Eigenmächtigkeit sei, wurde vor den siebziger Jahren kaum anerkannt.

Entsprechend dürftig war und ist es in Deutschland (anders als zum Beispiel in den USA mit ihrem oft regen kommunalen Leben und den vielen privaten Gemeinschaftsinitiativen) um die

30 Vgl. zum folgenden: Stefan Hradil, Differenz und Integration. Gesellschaftliche Zukunftsentwicklungen als Herausforderungen an die Soziologie, in: ders. (Hrsg.), Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996, Frankfurt am Main 1997, S. 39–53.

29 Vgl. Thomas Meyer, Modernisierung der Privatheit, Differenzierungs- und Individualisierungspotentiale des familialen Zusammenlebens, Opladen 1992.

kulturelle Einbettung der handlungsfähiger gewordenen einzelnen und um „kontrapunktische“ Vergesellschaftungen und Gemeinschaftsbildungen bestellt. Wenn man sich jene großen sozialen Milieus und Lebensstilgruppierungen betrachtet, denen in Deutschland immer mehr Menschen angehören, so wird man feststellen, daß diese eher aus einer Menge von Individuen mit ähnlichem Bewußtsein und kaum aus Gruppierungen mit einem Bewußtsein der Ähnlichkeit bestehen.

Diese Gründe können nicht nur erklären, wieso das Symbol und der „Seismograph“ Singles in Deutschland noch mehr Beachtung finden als in anderen Ländern und mehr Aufregung verursachen, als das Leben und Wirken der Singles dies rechtfertigen. Betrachtet man Singles, wie gesche-

hen, vor dem Hintergrund von Modernisierungsbewegungen auch und gerade in Deutschland, so können die Gemeinschaftsbildungen, zu denen Singles ständig gezwungen sind (z.B. in hohem Maße mittels Kommunikationsmedien), auch als Hinweise für Nicht-Singles dienen, wie Defizite an Netzwerken, Nachbarschaften und Arbeitsteams künftig eher zu überwinden sind. Bedenkt man, daß moderne Gesellschaften nicht mehr in erster Linie durch persönliche Bindungen, auch nicht mehr durch Organisationsbände, sondern primär durch Kommunikationslinien zusammengehalten werden, so kann das Beispiel der Singles manche Anregung für Sozialpolitik, Arbeitsbeziehungen und Privatleben geben. Vielleicht werden diese Anregungen als Andeutungen schon durchaus wahrgenommen und erklären auch einen Teil der Aufregung um die wenigen Singles.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften

Zwischen konventionellen und alternativen Lebensformen

Von nichtehelichen Lebensgemeinschaften sollte grundsätzlich in der Mehrzahl gesprochen werden, weil die große Heterogenität dieser Lebensform (bzw. dieses Haushaltstyps) augenfällig ist. Es gibt nicht „die“ nichteheliche Lebensgemeinschaft, sondern eine Vielzahl unterschiedlicher Formen¹. Zwar gilt dies teilweise auch für die „Familie“, aber der umgangssprachliche Begriff der „Familie“ ist mit vergleichsweise klaren Vorstellungen verbunden, die dem Begriff der „nichtehelichen Lebensgemeinschaft“ fehlen. Mehrere Begriffe für den gleichen Sachverhalt – „unverheiratet Zusammenlebende“, „Ehe auf Probe“, „Ehe ohne Trauschein“, „Kohabitation“, „Konkubinat“ bis hin zur „wilden Ehe“ usw. – weisen auf die sprachliche Offenheit in diesem Bereich hin. Während es eindeutig feststeht, wann aus einem Paar ein Ehepaar bzw. eine Familie wird, ist es nicht klar, wann ein vorübergehendes Zusammenleben in eine nichteheliche Lebensgemeinschaft übergeht; das Kriterium von einem halben Jahr des Zusammenlebens, das öfter gebraucht wird, stellt eine künstliche Grenzziehung dar.

Die amtliche Statistik erfaßte erstmals im Mikrozensus 1996 die nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Hilfe einer direkten Frage nach einem privaten Haushalt, in dem unverheiratete Lebenspartner gemeinsam wohnen und wirtschaften². Dabei kann es sich um Zweipersonenhaushalte handeln, die nur aus einem Paar bestehen, aber auch um Drei- und Mehrpersonenhaushalte, in denen es ein Kind bzw. mehrere Kinder gibt. Diese können von dem nichtehelichen Paar abstammen oder von einem der Partner in die Lebensgemeinschaft ‚eingebracht‘ worden sein. Eine nichteheliche Lebensgemeinschaft kann also,

was die personelle Zusammensetzung betrifft, einem kinderlosen Ehepaar entsprechen, aber auch einer vollständigen Familie. Die Variabilität der Haushaltsstruktur ist nur eine von mehreren Dimensionen, die zur Heterogenität der nichtehelichen Lebensgemeinschaften beiträgt. Darüber hinaus sind insbesondere Alter und Familienstand der beteiligten Personen bedeutsam: Es kann sich beispielsweise um eine voreheliche Lebensgemeinschaft von ledigen jungen Menschen oder um eine naheheliche Lebensgemeinschaft von verwitweten bzw. geschiedenen älteren Menschen handeln. Schließlich ist nicht zuletzt das Selbstverständnis wichtig, das die Paare ihrer nichtehelichen Lebensgemeinschaft zugrunde legen. Sie definieren ihre Lebensform entweder als Übergangsphase in eine konventionelle Ehe, oder sie verstehen sie grundsätzlich als alternative Lebensform.

Bereits aus dieser Sicht ist von einer Pluralität nichtehelicher Lebensgemeinschaften auszugehen³. Hinzu kommt, daß die amtliche Definition einige Lebensformen ausschließt, die an anderer Stelle durchaus als nichteheliche Lebensgemeinschaft betrachtet werden:

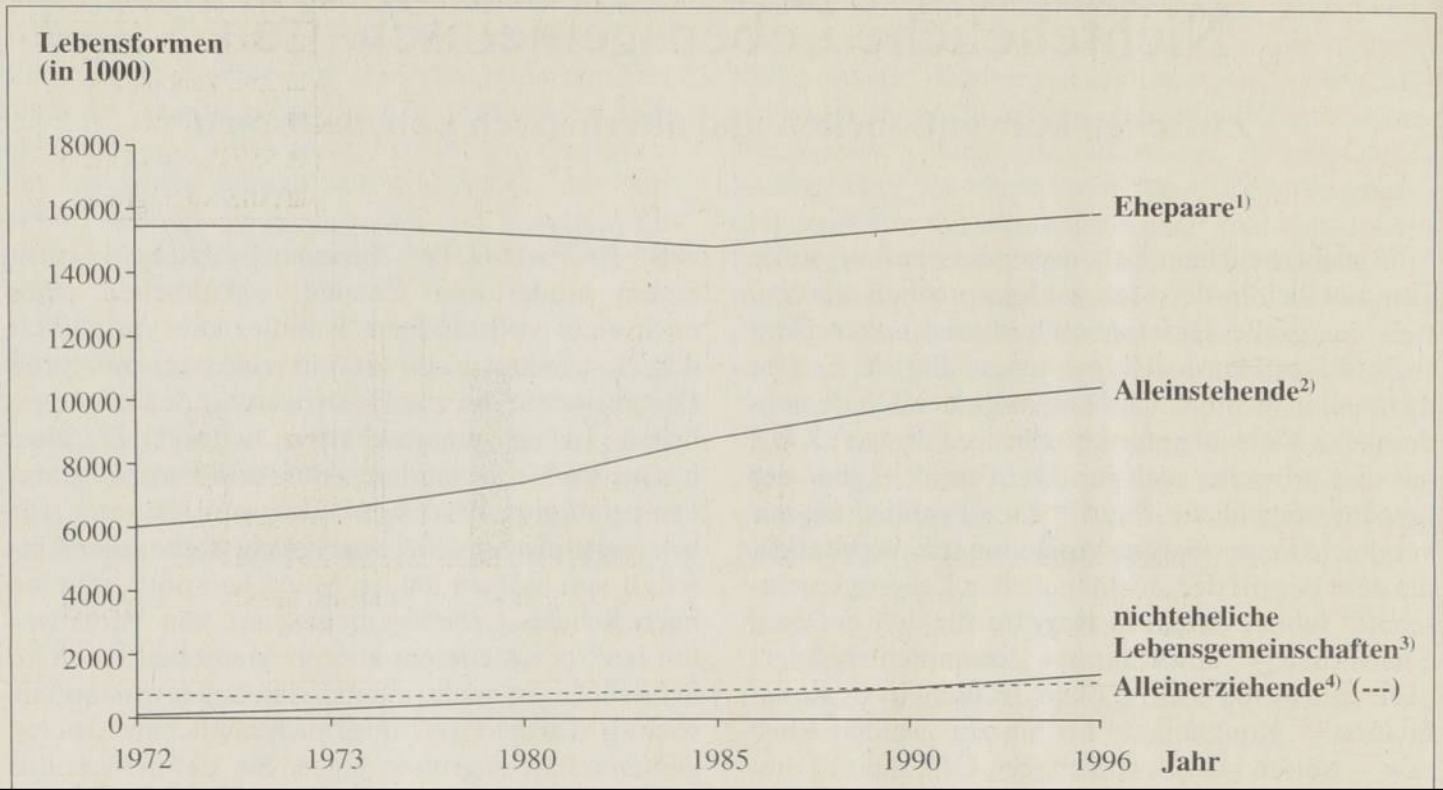
- unverheiratete Paare, die längerfristig zusammenleben, aber zwei Wohnungen beibehalten, die also dem Lebensstil des „living apart together“ entsprechen; hier werden Elemente des Alleinlebens mit solchen des Zusammenlebens kombiniert;
- unverheiratete Paare, die in einer gemeinsamen Wohnung eine getrennte Wirtschaftsführung beibehalten, die also Einkommen und Ausgaben ganz oder teilweise trennen;
- gleichgeschlechtliche Paare, die gemeinsam wohnen und wirtschaften, denen die Möglichkeit zu einer „registrierten Partnerschaft“ in Deutschland bisher nicht offensteht.

1 Dieser Beitrag baut auf der Studie von Wolfgang Glatzer/Heidemarie Stuhler/Annette Mings und Martina Rösch: Nichteheliche Lebensgemeinschaften – Eheähnlich oder eher alternativ? für das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 89/1997 auf. Dort sind viele weitere Literaturhinweise und Belege enthalten, auf die hier aus Gründen der Vereinfachung verzichtet worden ist.

2 Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 3, Wiesbaden 1997, S. 11. In den Jahren 1972 bis 1995 wurde die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften aufgrund von Haushaltsinformationen geschätzt.

3 Dies wird bereits in älteren Studien zu den nichtehelichen Lebensgemeinschaften betont. Vgl. z. B. Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.), Nichteheliche Lebensgemeinschaften, Schriftenreihe Bd. 170, Stuttgart – Berlin – Köln 1985; Erika Spiegel, Neue Haushaltstypen, Frankfurt am Main – New York 1986.

Grafik 1: Die Entwicklung der nichtehelichen Lebensgemeinschaften im Vergleich zu Ehepaaren, Alleinstehenden und Alleinerziehenden von 1972 bis 1996 in Westdeutschland



- 1) Ehepaare mit Kindern (bis 18 Jahre) und ohne.
- 2) Alleinstehende (ledige, verwitwete und geschiedene) Frauen und Männer; Bevölkerung am Familienwohnsitz.
- 3) Nichteheleiche Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder; Bevölkerung in Privathaushalten.
- 4) Alleinerziehende Frauen und Männer mit Kindern bis 18 Jahren, darunter ledige, verheiratete, getrennt lebende, verwitwete und geschiedene.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, zitiert nach: Charlotte Höhn/Jürgen Dorbritz, Zwischen Individualisierung und Institutionalisation, in: Bernhard Nauck/Corinna Onnen-Isemann, Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung, Neuwied – Kriftel – Berlin 1995.

Es wäre unzutreffend, die nichtehelichen Lebensgemeinschaften als sozial isolierte Einheiten aufzufassen. Vielmehr muß man davon ausgehen, daß sie in soziale Netzwerke integriert sind, in Familien- und Verwandtschaftszusammenhänge einerseits und in das Netzwerk von Freunden, Nachbarn und Kollegen andererseits.

Abgesehen von Ausnahmefällen wird im folgenden von nichtehelichen Lebensgemeinschaften ausgegangen, die aus heterosexuellen Paaren bestehen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften.

I. Die rapide Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften

Die Haushalts- und Familienformen in Deutschland stehen in den letzten Jahrzehnten in einem Prozeß der Pluralisierung und Singularisierung⁴. Im

4 Vgl. Rüdiger Peukert, Familienformen im sozialen Wandel, Opladen 1991. Mit guten Gründen wird neuerdings dar-

Vergleich zu früher prägen vielfältigere, kleinere Haushaltstypen das Bild, die oft nichtkonventionelle Lebensformen darstellen⁵. Weder Singles⁶ noch Alleinerziehende weisen jedoch vergleichbare Wachstumsraten wie die nichtehelichen Lebensgemeinschaften auf. Seit ihre Zahl mit Hilfe der Amtlichen Statistik (Mikrozensus) geschätzt wird, also seit 1972, stieg die Zahl von 137 000 auf 1 408 000 im Jahr 1996 an (in den alten Bundesländern); sie hat sich damit mehr als verzehnfacht⁷. Für sich betrachtet sind dies außerordentliche

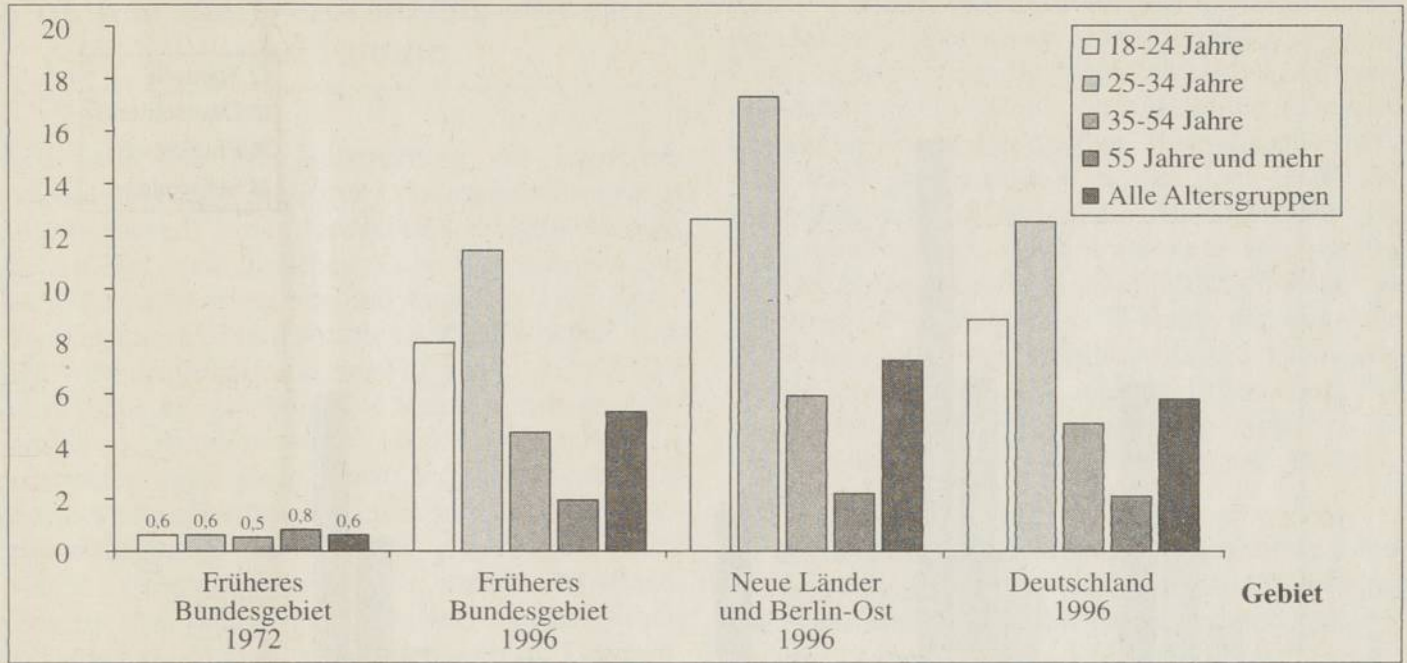
auf hingewiesen, daß die Pluralisierung öfter überzeichnet wird und plurale Haushaltsstrukturen auch vor der Jahrhundertwende bestanden. Der Begriff der Singularisierung ist im Zusammenhang mit der Verkleinerung der Haushalte dem Begriff der Individualisierung vorzuziehen.

5 Vgl. Norbert F. Schneider/Doris Rosenkranz/Ruth Limmer, Nichtkonventionelle Lebensformen, Opladen 1998.

6 Siehe hierzu auch den Beitrag von Stefan Hradil zu diesem Heft.

7 Eine übersichtliche quantitative Darstellung enthält vor allem Heribert Engstler, Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn 1998², aktualisierte und erweiterte Auflage.

Grafik 2: Der Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften nach Altersgruppen 1972 und 1996 in Ost- und Westdeutschland (in Prozent)



Quelle: H. Engstler (Anm. 7), S. 62, Tabelle 24.

Wachstumsraten. Jedoch bleibt, wie der Vergleich zur Zahl der Ehepaare und Alleinlebenden zeigt, die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften auf niedrigem Niveau (Grafik 1).

Auch wenn man mit guten Belegen davon ausgehen kann, daß die Amtliche Statistik die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften zu gering ermittelt – die Ergebnisse der Umfrageinstitute liegen weit höher –, so ändert sich im Grundsatz kaum etwas.

Das rapide Wachstum der nichtehelichen Lebensgemeinschaften erfolgte von einer niedrigen Ausgangsbasis und führte im Ergebnis dazu, daß 1996 5,7 Prozent der erwachsenen Bundesbürger einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft angehörten. Die große Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung ist verheiratet (59,9 Prozent) bzw. lebt allein (19,4 Prozent). Von der Größenordnung her sind den nichtehelichen Lebensgemeinschaften die Alleinerziehenden (3,4 Prozent der erwachsenen Bundesbürger) vergleichbar. Während aber die Alleinerziehenden immer wieder als gesellschaftliche Problemgruppe öffentliche Aufmerksamkeit erhalten, steht bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften die Besonderheit ihres Lebensstils im Vordergrund.

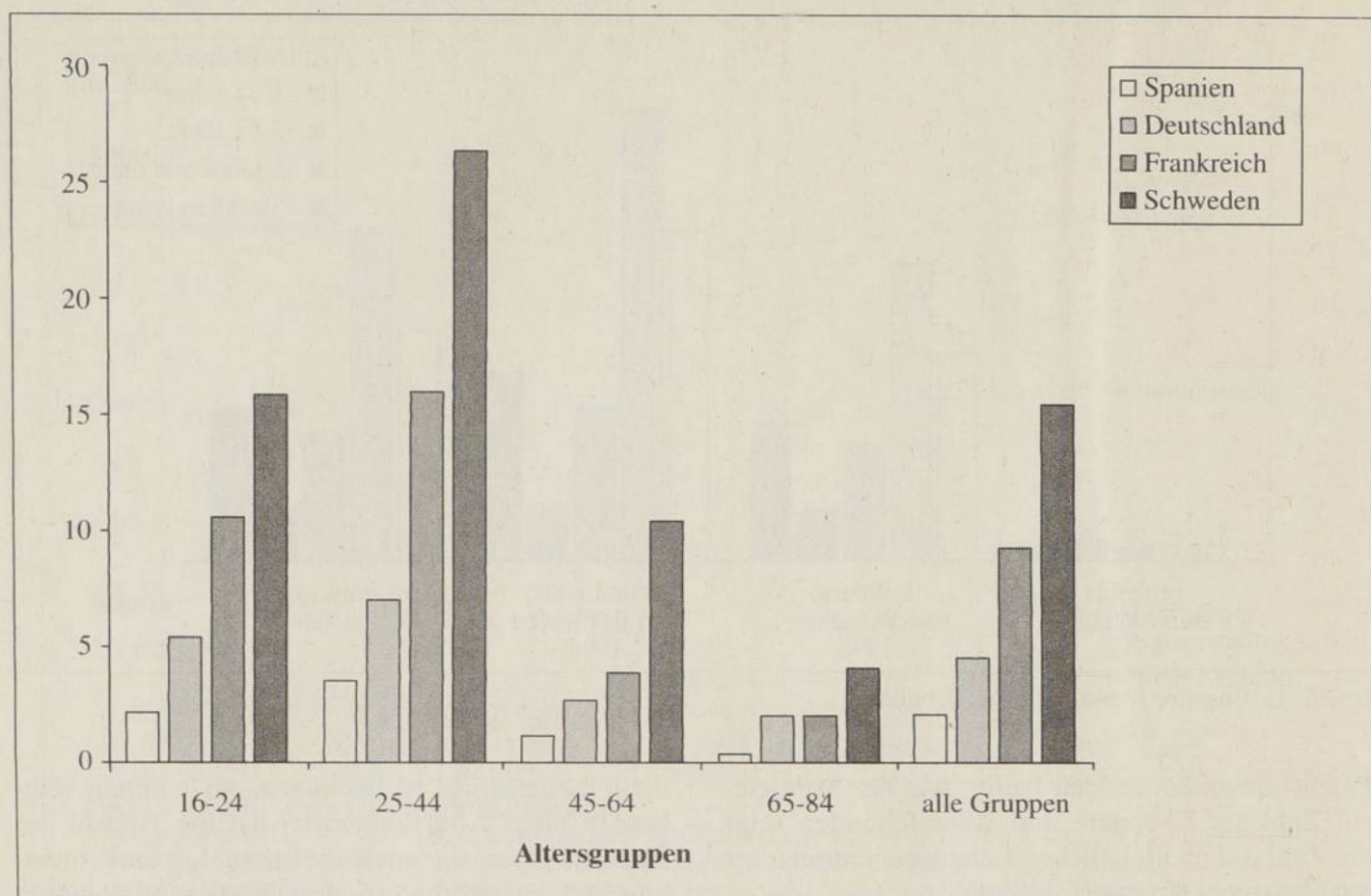
In den nichtehelichen Lebensgemeinschaften dominieren erwartungsgemäß die Jüngeren; man kann die Lebensform deshalb altersphasenspezifisch nennen, aber dies schließt nicht aus, daß auch Ältere

diese Lebensform in bedeutsamem Umfang wählen. In allen Alterskategorien ist die Anzahl der Bundesbürger, die nichtehelichen Lebensgemeinschaften angehören, in den letzten Jahrzehnten markant gestiegen (vgl. Grafik 2).

Noch 1972 lag der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften in allen Alterskategorien unter ein Prozent. Heute wählen die Lebensform der nichtehelichen Lebensgemeinschaften vor allem die 25- bis 34jährigen. Interessanterweise wohnen die 18- bis 24jährigen noch ganz überwiegend bei ihren Eltern (73,4 Prozent). Und bei den 30- bis 34jährigen befinden sich bereits die meisten in einer Ehe bzw. Familie. Mit höherem Alter sinkt der Prozentsatz derjenigen, die einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft angehören, immer stärker. Demnach werden die nichtehelichen Lebensgemeinschaften insbesondere in der Übergangsphase zwischen dem Verlassen des Elternhauses und dem Eintritt in den Ehe- und Familienstand als Lebensform gewählt. Manche Sozialwissenschaftler hat dies veranlaßt, in der nichtehelichen Lebensgemeinschaft das funktionale Äquivalent zum traditionellen Verlöbnis zu sehen, obwohl dagegen Einwände vorgebracht werden, die die Eigenständigkeit der Verlobung betonen⁸.

⁸ Vgl. Rosemarie Nave-Herz/Heike Mathias-Bleck/Dirk Sander, Zeitgeschichtliche Veränderungen im Phasenablauf bis zur Eheschließung. Die heutige Bedeutung der Verlobung, in: Hans Peter Buba/Norbert F. Schneider (Hrsg.), Familie zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design, Opladen 1996.

Grafik 3: Der Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften nach Altersgruppen in ausgewählten Ländern Europas 1994 (in Prozent)



Quelle: Joachim Vogel, Living conditions and inequality in the European Union 1997, Eurostat Working Papers, E/1997-3, S. 130.

Trotz des großen Wachstums hält sich die Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften also in Grenzen und bleibt weit hinter dem Anteil verheirateter Bundesbürger zurück. Auch an diesem Punkt unterscheiden sich Ost- und Westdeutschland nicht unerheblich. In den neuen Bundesländern ist der Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften weit höher (vgl. Grafik 2). Während die Situation in Ostdeutschland damit mehr jener in den protestantischen nordeuropäischen Ländern entspricht, scheint sie in Westdeutschland mehr der in den konfessionell gemischten mitteleuropäischen Ländern zu gleichen. Was Deutschland im europäischen Vergleich betrifft, so befindet sich der Anteil der Erwachsenen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften dicht beim europäischen Durchschnitt von 4,5 Prozent der erwachsenen Personen (Grafik 3).

Die ausgewählten Länder der Grafik repräsentieren Nordeuropa (Schweden), Mitteleuropa (Frankreich und Deutschland) und Südeuropa (Spanien) im Hinblick auf ihren Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften. In nordeuropäischen Ländern liegt dieser Anteil ungefähr drei-

mal höher als in Deutschland, wobei die höchsten Werte von den protestantisch geprägten Ländern Schweden und Dänemark aufgewiesen werden. Höher als Deutschland liegt der Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften auch in Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg, die religiös gemischt sind. Weit niedriger liegen die Anteile in den katholischen Ländern Südeuropas: Spanien, Griechenland, Italien und Portugal. Auch Irland gehört zum katholischen Muster. In der vorherrschenden Religionszugehörigkeit kann der entscheidende Faktor für die Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften gesehen werden. Dies gilt auch innerhalb Deutschlands, wo Religionszugehörigkeit und Kirchenbindung sich entsprechend auswirken. Dem Katholizismus gelang es bisher, das auf dem Konzil von Trient 1563 ausgesprochene Verbot nichtehelicher Lebensgemeinschaften aufrechtzuerhalten und relativ stark durchzusetzen. Aber es ist nicht ganz unwahrscheinlich, daß die protestantischen Länder den Vorreiter einer Entwicklung darstellen, die anschließend von den konfessionell gemischten und katholischen Ländern nachgeholt wird.

II. Ausdifferenzierung von Lebensformen statt Verdrängung von Ehe und Familie

Wie läßt sich die Entwicklung zur schnellen Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften interpretieren? Einer populären Sichtweise zufolge gelten die nichtehelichen Lebensgemeinschaften als Herausforderung bzw. als Angriff auf die Familie. Auch in manchen sozialwissenschaftlichen Texten wird die Institution der Familie in der Gefahr der Auflösung gesehen bzw. eine Erosion des bürgerlichen Familienmusters beobachtet. Dies ist einerseits nicht ganz falsch; zu Recht sprechen Sozialwissenschaftler von einer gewissen De-Institutionalisierung der Familie. Andererseits sind solche Untergangsprophetien völlig überzogen. Bereits das Zahlenverhältnis von nichtehelichen Lebensgemeinschaften zu Ehepaaren in Deutschland ließe höchstens die Schlußfolgerung zu, daß sich – bildlich gesprochen – David und Goliath gegenüberstehen. Wie schon gesagt sind um die 60 Prozent der erwachsenen Bevölkerung in Ehen und Familien eingebunden, nur knapp sechs Prozent gehören nichtehelichen Lebensgemeinschaften an. Voraussetzung dafür, daß Ehe und Familie einerseits und nichteheliche Lebensgemeinschaften andererseits vergleichbare Bedeutsamkeit erreichen könnten, wäre eine über mehrere Generationen fortschreitende Erosion. Auf so lange Sicht gehört allerdings wenig Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß Wendungen des Wertewandels auch wieder zu einer Renaissance von modernisierten Ehe- und Familienformen führen⁹.

Neu ist heute im Vergleich zu den sechziger Jahren, daß neben Ehe und Familie nun weithin anerkannte weitere Lebensformen bestehen. Aber dies muß zukünftig nicht die Konsequenz ihrer massenhaften Verbreitung haben. Je mehr sie sich in der Realität durchsetzen, desto mehr Erfahrungen werden damit gesammelt und desto mehr werden auch die Schattenseiten sichtbar. Wie bei allen Visionen werden auch die nichtehelichen Lebensgemeinschaften von einem Prozeß der Entzauberung und Veralltäglichsung – im Einzelfall wie als gesellschaftlicher Lebensentwurf – eingeholt werden.

Die Akzeptanz der nichtehelichen Lebensgemeinschaften braucht keinesfalls als ideologische Kampfansage gegen Ehe und Familie interpretiert

⁹ Anmerkung der Redaktion: Siehe hierzu auch den Beitrag von Karl Otto Hondrich in diesem Heft.

werden. Allen gesellschaftstheoretischen Einsichten zufolge kann es einen institutionellen Stillstand – auch der Institutionen Ehe und Familie – nicht geben. Aus einer modernisierungstheoretischen Sicht stellen die nichtehelichen Lebensgemeinschaften eine Reaktion auf Bedürfnisse dar, die durch die traditionellen Institutionen nicht oder nicht gut befriedigt werden. Das Institutionengefüge reagiert durch die Ausdifferenzierung von Lebensformen flexibel auf neue Bedürfnisse und Interessen, die im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß hervortreten. Neben die formelle Kern-Institution der Familie tritt die informelle Neben-Institution der nichtehelichen Lebensgemeinschaft. Sie vergrößert das Angebot an Orientierungsmustern und wählbaren Alternativen.

In der ursprünglichen Entwicklung nichtehelicher Lebensgemeinschaften hat der Protestgedanke durchaus eine erhebliche Rolle gespielt. Die seit langem bekannte „wilde Ehe“ und ähnlich unkonventionelle Lebensformen wurden in bewußter Distanzierung vom bürgerlich-christlichen Ehemodell konzipiert. Vor allem die Frauenbewegung hat das als patriarchalisch gekennzeichnete Eherecht kritisiert. Nichteheliche Partnerschaften schienen dem Emanzipationsanspruch der Frauen eher gerecht zu werden als das legalisierte Ehemodell. Die Antihaltung zu Ehe und Familie blieb jedoch auf eine Minderheit beschränkt und kennzeichnet nicht die Mehrheit der nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Diese streben keine Vermeidung der Ehe an, sondern eher das Gegenteil; als Vorstadium zur Ehe dienen viele nichteheliche Lebensgemeinschaften gerade dazu, eine gute Ehebeziehung vorzubereiten.

Viele jüngere und ältere Menschen ziehen heute aus pragmatischen und emotionalen Gründen zusammen, ohne damit ein Verdikt gegen die Ehe zu fällen. In entsprechenden Untersuchungen ist häufig eine indifferente Haltung gegenüber Ehe und Familie auf seiten der nichtehelichen Lebensgemeinschaften festgestellt worden. Es wird darüber hinaus sogar argumentiert, daß es zur Vorbereitung einer Ehe vernünftig sei, Erfahrungen im Zusammenleben zu sammeln. Ein hoher Anteil der heute vorhandenen Ehepaare bestätigt, daß es bei ihnen zur Normalität gehörte, vor der Eheschließung in einem eheähnlichen Verhältnis gelebt zu haben. Darauf zu verzichten wird sogar als leichtsinnige Handlung – nicht zuletzt angesichts steigender Zahlen von Ehescheidungen – bezeichnet. Somit wäre die Institution der Ehe selbst, also die Absicht, eine Ehe erfolgreich zu bewältigen, ein wichtiger Anstoßpunkt, um nichteheliche Lebens-

gemeinschaften zu gründen. Damit korrespondiert die unterschiedliche gesellschaftliche Akzeptanz, wie sie in repräsentativen Umfragen zum Ausdruck kommt: Eine dauerhafte Alternative zur Ehe wird viel weniger akzeptiert als ein vorübergehendes voreheliches Zusammenleben.

Für die jungen Erwachsenen hat sich eine Übergangsphase vom Verlassen des Elternhauses bis zum Eingehen einer Ehe bzw. der Gründung einer Familie ausdifferenziert, die zu einer relativ eigenständigen Lebensphase wurde, in der häufig die Entscheidung für die Lebensform der nichtehelichen Lebensgemeinschaft getroffen wird. Ähnlich können die nachehelichen Lebensgemeinschaften gesehen werden, bei denen nach dem Verlust des Ehepartners durch Trennung, Scheidung oder Verwitwung eine anschließende Lebensphase gewählt wird, die sowohl die förmliche Ehe als auch das Alleinleben vermeidet.

III. Heiratsabsichten und Heiratshemmnisse

Die Gründung und Beendigung nichtehelicher Lebensgemeinschaften wird von individuellen Heiratsabsichten und Heiratshemmnissen gesteuert, die eng mit Wertvorstellungen und Lebenserfahrungen – nicht zuletzt im eigenen Elternhaus – zusammenhängen. Nachdem im Rahmen von Individualisierungstendenzen der normative Druck zugunsten bestimmter Lebensformen zurückgenommen wurde, besteht eine relativ hohe Wahlfreiheit im Hinblick auf die eigene Lebensform. Heiratshemmnisse, die zur Bildung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft führen, beruhen zum Teil auf prinzipiellen Bedenken, was dazu führt, daß die nichteheliche Lebensgemeinschaft als dauerhafte Alternative zur Ehe gesucht wird. Die grundsätzliche Ablehnung der Ehe erfolgt auch, weil eigene (bei nachehelichen Lebensgemeinschaften) oder fremde Erfahrungen (der Eltern bzw. der Umwelt) mit Ehen als nachhaltig abschreckend empfunden werden.

Mit der Ablehnung der Ehe ist keinesfalls immer die Ablehnung von Kindern verbunden; es entwickelt sich vielmehr aus der grundsätzlichen Verweigerung der Ehe bei einem Teil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften die „nichteheliche Familie“, also das nichteheliche Paar mit Kind(ern). Blieben „Ehen auf Probe“ oft bewußt kinderlos, so lassen sich in den letzten Jahrzehnten häufiger „nichteheliche Familien“ beobachten.

Die meisten Menschen haben die Absicht, im Lauf ihres Lebens zu heiraten, und realisieren dies auch¹⁰. Die Heiratsabsicht ist freilich kein Grund dagegen, eine voreheliche Lebensgemeinschaft zu gründen. Im Gegenteil: Die nichteheliche Lebensgemeinschaft wird als Überbrückungs- oder Probe-phase zum Bindeglied zwischen dem Verlassen der Herkunftsfamilie und der Eheschließung bzw. der Familiengründung. Der entscheidende Schritt von der nichtehelichen Lebensgemeinschaft zu Ehe und Familie wird in Westdeutschland durch die Geburt eines Kindes ausgelöst. Es ist das Ereignis, das in der Regel zur Legalisierung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft führt. In Ostdeutschland, wo das Verhaltensmuster mehr den nordischen Ländern entspricht, wird demgegenüber die Mehrheit der erstgeborenen Kinder außerehelich geboren; drei Jahre danach sind etwa 40 Prozent von ihnen ehelich geworden.

Sich gegen eine Institutionalisierung der Partnerschaft in Form einer Ehe auszusprechen kann sehr unterschiedlich motiviert sein: Während die einen nur eine kurz- bzw. mittelfristig angelegte Partnerschaft wollen, möchten andere eine Ehe auf Probe eingehen und wieder andere eine bewußte Alternative zur Ehe wählen. Vielfach besteht lediglich eine Indifferenz gegenüber der Ehe, und andere Gründe z. B. wirtschaftlicher oder rechtlicher Art beeinflussen die Entscheidung für eine nichteheliche Lebensgemeinschaft. Es kann zu einer diffusen Mischung der Motive kommen, und auch Meinungsänderungen sind nicht ausgeschlossen. Nicht jede Ehe auf Probe führt zur Ehe, und mancher strikte Heiratsgegner landete im Hafen der Ehe.

IV. Die Lebensverhältnisse der nichtehelichen Lebensgemeinschaften

Die Frage, wie sich die Lebensqualität von ehelichen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften unterscheidet, ist naheliegend, aber schwer zu beantworten. Wenn in den beiden Gruppen verschiedene Bedürfnisse und Wertvorstellungen bestehen, dann ist ein einheitlicher Vergleichsmaßstab kaum sinnvoll. Hinzu kommt, daß die nichtehelichen Lebensgemeinschaften der Tendenz nach eine ganz spezielle Auswahl der Bevöl-

10 Vgl. Laslo A. Vaskovics/Marina Rupp/Barbara Hofmann, Lebensläufe in der Moderne: Nichteheliche Lebensgemeinschaften. Eine soziologische Längsschnittstudie, Opfaden 1997.

kerung darstellen – sie sind eher jung, höher gebildet und eher wohlhabend. Sie müßten strenggenommen einer vergleichbaren Gruppe gegenübergestellt werden.

In den Wertvorstellungen nichtehelicher Lebensgemeinschaften nimmt die Selbstverwirklichung von Frau und Mann einen besonderen Stellenwert an. Sie werden als beziehungsorientiert gekennzeichnet und stellen besonders hohe Anforderungen an die Qualität der Partnerbeziehung. Dies unterscheidet sie von den Ehepaaren, aber in vielen Fällen holt die Realität diese Visionen weitgehend ein. Im Vergleich ehelicher und nichtehelicher Partnerschaften konnten erstaunlich wenig Unterschiede hinsichtlich Einstellungen und Orientierungen festgestellt werden, auch was die Karriereorientierung und das Freizeitverhalten betrifft. Dies beruht nicht nur darauf, daß sich die nichtehelichen Lebensgemeinschaften „anpassen“, sondern auch darauf, daß sich Ehen und Familien „modernisieren“.

Besondere Erwartungen werden auch an nichteheliche Lebensgemeinschaften im Hinblick auf das Rollenverhalten und die Arbeitsteilung im Haushalt gerichtet. Entsprechende Untersuchungsergebnisse sind nicht eindeutig: Es wurden Ansätze zu einer weniger konventionellen Rollenübernahme nichtehelicher Partner entdeckt, aber nicht in allen Studien. Eine innovative Rollenübernahme erfolgt in starker Abhängigkeit von der Wohnform, also vor allem bei nichtehelichen Paaren, die getrennt voneinander wohnen¹¹. Aber auch zusammenwohnende unverheiratete Paare bevorzugen eigene Räume, die ihnen Rückzugsmöglichkeiten bieten. Insgesamt läßt sich sagen, daß nichteheliche Lebensgemeinschaften eine gerechte Verteilung der Hausarbeit anstreben, daß sie aber in der Realität oft auf Schwierigkeiten stoßen und dann doch nicht selten traditionellen Rollenverteilungen folgen¹².

Aus ökonomischer Sicht gehören die nichtehelichen Lebensgemeinschaften zu den eher privilegierten Lebensformen. Dies wird insbesondere im Vergleich zur anderen neuen Lebensform, der der Alleinerziehenden, deutlich, die durch niedrige Durchschnittseinkommen und hohe Armutsquoten gekennzeichnet sind, während die nichtehelichen Lebensgemeinschaften hohe Durchschnittseinkommen und geringe Armutsquoten aufweisen. Die Gründe dafür liegen im relativ hohen Bil-

dungsstand der Partner in nichtehelichen Lebensgemeinschaften, der sich in entsprechend hohen Erwerbseinkommen niederschlägt. Auch sind oft beide Partner erwerbstätig und tragen zusammen zu einem hohen Haushaltseinkommen bei.

Die nichtehelichen Lebensgemeinschaften sind keinesfalls immer durch eher kurz- und mittelfristige Bindungen gekennzeichnet. Vielmehr haben auch langfristige Bindungen einen erheblichen Stellenwert. Den Partnern in den nichtehelichen Lebensgemeinschaften ist es vorrangig wichtig, die prinzipielle Möglichkeit zur unkomplizierten Auflösung ihrer Beziehung zu haben. Die längere Dauer von nichtehelichen Beziehungen beinhaltet ihrerseits Probleme, die der Ehedauer vergleichbar sind. Letzten Endes kann die Dauerhaftigkeit einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft selbst zum Grund dafür werden, daß sie weiter aufrechterhalten wird.

Eine subjektive Gesamtbewertung der Lebenssituation kommt in Messungen der „Lebenszufriedenheit“ bei Lebens- und Ehepartnern zum Ausdruck. Verschiedene Indikatoren deuten darauf hin, daß das subjektive Wohlbefinden in nichtehelichen Lebensgemeinschaften niedriger liegt als in den Ehen, und dies wird durch eine international vergleichende Untersuchung (bei 20- bis 29jährigen ehelichen und nichtehelichen Partnern) bestätigt¹³. Die geringere Lebenszufriedenheit der nichtehelichen Partner kann verschiedene Ursachen haben; sie kann auf der Selektion der Personen beruhen, die eine nichteheliche Lebensgemeinschaft eingeht, oder an höheren Ansprüchen gegenüber dem Partner und dem Leben in den nichtehelichen Lebensgemeinschaften, die teilweise unerfüllt bleiben u. s. w. Es ist davon auszugehen, daß die nichtehelichen Lebensgemeinschaften im Hinblick auf das subjektive Wohlbefinden nicht besser mit den Widrigkeiten des Lebens fertigwerden als andere.

V. Der Stellenwert von Kindern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften

In einem Großteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften gibt es Kinder. Zwar unterscheiden sich die geschätzten Zahlen etwas, aber die Grö-

11 Vgl. Sibylle Meyer/Eva Schulze, *Balancen des Glücks. Neue Lebensformen: Paare ohne Trauschein, Alleinerziehende und Singles*, München 1992.

12 *Anmerkung der Redaktion*: Siehe auch hierzu den Beitrag von Karl Otto Hondrich in diesem Heft.

13 Vgl. Ron Lesthaeghe/Guy Moors, *Living arrangements, Socio-Economic Position, and Values Among Young Adults: A Pattern Description for France, West Germany, Belgium, and the Netherlands*, 1990, in: David Coleman (Hrsg.), *Europe's Population in the 1990's*, Oxford 1996.

Benordnung aus dem Mikrozensus kann als Anhaltspunkt dienen: 27 Prozent aller nichtehelichen Lebensgemeinschaften haben Kinder. Dabei sind die nichtehelichen Lebensgemeinschaften von jungen Ledigen ganz überwiegend ohne Kinder. Am häufigsten sind Kinder in nichtehelichen Lebensgemeinschaften anzutreffen, in denen einer der Partner vorher verheiratet war; sie werden als Stieffamilien ohne Trauschein bezeichnet. Frauen bringen, weil sie häufiger alleinerziehend waren, weit mehr Kinder in die nichtehelichen Beziehungen ein als Männer. Konnte man früher davon ausgehen, daß der Familie ein Monopol bei der Reproduktionsfunktion zukam, so hat sich heute die Familiengründung zu einem wichtigen Teil auf nichteheliche Verbindungen verlegt: In den alten Bundesländern betrug die nichteheliche Familiengründung 20 Prozent, in den neuen Bundesländern sogar 60 Prozent aller Erstgeburten. In Ostdeutschland werden schon seit mehreren Jahren mehr nichteheliche erste Kinder als eheliche geboren. Für den Westen Deutschlands ist von einer klaren Beziehung zwischen Eheschließung und Kinderwunsch auszugehen, in Ostdeutschland ist dies entkoppelt, und nichtverheiratete Paare haben etwa ebenso häufig Kinder wie Ehepaare. Wie hoch der Anteil gemeinsamer Kinder in den nichtehelichen Lebensgemeinschaften ist, ist nicht genau geklärt, aber geschätzt wird eine Größenordnung von 50 zu 50 bei gemeinsamen und nicht gemeinsamen Kindern.

Was die gewünschte Kinderzahl betrifft, so teilen die Angehörigen nichtehelicher Lebensgemeinschaften die gesellschaftliche Norm von zwei Kindern, wenn auch ein etwas größerer Anteil gar kein Kind wünscht. Im Hinblick auf Kinder bestehen keine konkreten Pläne, und die Familiengründung ist in weitere Ferne gerückt.

Lange Zeit bestand in der Frage geringer Rechte von nichtehelichen Kindern ein Problem, das im neuen, seit 1. Juli 1998 gültigen Kindschaftsrecht (es regelt Abstammungs-, Sorge-, Umgangs- und Namensrecht) durch die rechtliche Gleichstellung mit ehelichen Kindern einer Lösung zugeführt worden ist, die sich nun bewähren muß. Die Entwicklungs- und Lebenschancen der Kinder in nichtehelichen (ebenso wie ehelichen) Lebensgemeinschaften sind der Gesichtspunkt, der an vorderer Stelle zur Beurteilung von positiven und negativen Auswirkungen der verschiedenen Lebensformen herangezogen werden sollte¹⁴.

14 Vgl. Walter Bien/Norbert F. Schneider (Hrsg.), *Kind ja, Ehe nein?*, Opladen 1998.

VI. Stabilisierende und innovatorische Wirkungen der nichtehelichen Lebensgemeinschaften

Die nichtehelichen Lebensgemeinschaften verteilen sich – wie deutlich geworden ist – auf ein breites Spannungsfeld zwischen konventionellen und alternativen Lebensformen. Sie bestehen aus vor- und nahehelichen Lebensgemeinschaften, teils mit und teils ohne Kinder, ihnen liegen ehfreundliche ebenso wie ehekritische Einstellungen zugrunde. Die Verschiedenheit nichtehelicher Lebensgemeinschaften kommt vor allem in Sonderformen zum Ausdruck wie dem „living apart together“, den homosexuellen Paaren, religiös, kulturell und national gemischten Partnerschaften usw. Insofern sind Pauschalaussagen über nichteheliche Lebensgemeinschaften kaum möglich. Zweifellos haben die nichtehelichen Lebensgemeinschaften insgesamt zur Pluralität der Haushalts- und Lebensformen beigetragen. Gegenüber radikalen Tendenzen zur Singularisierung und Individualisierung, an deren Endpunkt die Lebensform des Alleinlebens steht, halten die Angehörigen von nichtehelichen Lebensgemeinschaften an einer traditionellen, kollektiven Form von Haushalts- und Lebensgemeinschaft fest. Eheliche und nichteheliche Lebensgemeinschaften sind aus dieser Sicht gemeinsam eine (Gegen-)Reaktion auf Vereinzelung und Einsamkeit.

Die nichtehelichen Lebensgemeinschaften haben das Institutionengefüge verändert, das Orientierungsmuster für Lebensentwürfe vorgibt und soziale Beziehungen reguliert. Institutionenwandel ist etwas Allgegenwärtiges, und Ausdifferenzierung gehört zu den grundlegenden sozialen Prozessen, nach denen er sich vollzieht. Flexibilität sichert das Überleben einer Institution meist besser als Rigidität. Und so erscheint es nicht unwahrscheinlich, daß die flexible Erweiterung der Lebensformen durch die nichtehelichen Lebensgemeinschaften dazu beiträgt, das Überleben der Institutionen Ehe und Familie in der Zukunft zu fördern. Nichteheliche Lebensgemeinschaften werden zu einem erheblichen Teil als Vorstadium zur Ehe wahrgenommen und tragen auf diese Weise zur Auswahl solcher Ehen bei, die den potentiellen Ehepartnern erfolgversprechend erscheinen. Sie beugen damit Fehlentscheidungen vor, die sich u. a. in Ehescheidungen äußern können. Nichteheliche Lebensgemeinschaften stellen auch ein Experimentier- und Erprobungsfeld für neue Ehe- und Familienmodelle dar, die im

Erfolgsfall vom Ehe- und Familiensektor eventuell in modifizierter Weise übernommen werden. Jedenfalls ermöglichen die nichtehelichen Lebensgemeinschaften Probephasen für neue Lebensstile, die nach ihrer Bewährung Einzug in den eher traditionellen Ehesektor halten können. Es kann auch davon ausgegangen werden, daß die nichtehelichen Lebensgemeinschaften die konventionellen Ehe- und Familienvorstellungen indirekt stabilisieren. Der symbolische Wert und die materiellen Privilegien von Ehen werden gerade im Kontrast zu den nichtehelichen Lebensgemeinschaften deutlich und auch häufig entsprechend thematisiert. Schließlich stellen die nichtehelichen Lebensgemeinschaften eine Zwischenform zwischen alleinstehenden und ehelichen Lebensformen dar, deren Fehler mehr ungewollte Ehen oder mehr unfreiwillig Alleinlebende zur Folge hätte. Somit erfolgt wohl auch auf diese Weise die Stabilisierung eines nachhaltigen Ehemodells.

Die Ausbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften ist in einen Komplex von Entwicklungstendenzen eingebettet, die sich teilweise wechselseitig verstärken. Eine besondere Bedeutung hat dabei die Entwicklung zur Wohlstandsgesellschaft mit einer entsprechenden Wohnungsversorgung, die sich der Vermehrungs- und Kontraktionstendenz der privaten Haushalte anpaßt, und einem Einkommensniveau, das die Gründung vieler kleiner Haushalte erlaubt. Die Verlängerung der Ausbildungszeit und die Verspätung der Integration in das Berufsleben tragen zur Verschiebung der Eheschließung bei, die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen erleichtert den Verzicht auf die Versorgungsehe. Der Wertewandel, der vor allem durch Säkularisierung und sexuelle Liberalisierung gekennzeichnet ist, ist ganz allgemein verbunden mit einer abnehmenden Verbindlichkeit der Normen für die Gestaltung sozialer Beziehungen und des Alltagslebens.

Der Spielraum für die Entwicklung der nichtehelichen Lebensgemeinschaften wird maßgeblich von gesetzlichen Regelungen festgelegt¹⁵. Die

15 Vgl. Max Wingen, Familienpolitik – Grundlagen und aktuelle Probleme. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 339, Bonn 1997.

nichtehelichen Lebensgemeinschaften kommen zwar namentlich im Grundgesetz an keiner Stelle vor, ihre rechtliche Stellung ist aber durch das Grundgesetz vorwiegend indirekt bestimmt. Es stellt Ehe und Familie (Artikel 6) unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung; dies kommt nicht zuletzt in finanziellen Privilegien wie dem Ehegattensplitting und der Übertragung von Versorgungsansprüchen bei Ehegatten zum Ausdruck. Der Grundgesetzinterpretation zufolge darf die nichteheliche Lebensgemeinschaft an keiner Stelle besser gestellt sein als die Ehe. Eine analoge Anwendung des Eherechts auf nichteheliche Lebensgemeinschaften wird verfassungsrechtlich als unzulässig erachtet. Bei in nichtehelichen Lebensgemeinschaften anfallenden Rechtsproblemen sind die allgemeinen Normen des Zivilrechts relevant.

Zwar wird die nichteheliche Lebensgemeinschaft im Grundgesetz nicht positiv genannt, sie wird aber auch nicht negativ sanktioniert. Artikel 2, der die freie Entfaltung der Persönlichkeit garantiert, schützt im Prinzip auch diese Lebensform. Von Verstößen gegen das Sittengesetz bzw. gegen allgemeine Moralvorstellungen kann nicht mehr die Rede sein. Der früher geltende Kuppeleiparagraph ist längst abgeschafft. Daß Paare heute unverheiratet zusammenleben, finden 46 Prozent einer repräsentativen Stichprobe von Bundesbürgern gut, nur 30 Prozent finden es nicht so gut, 24 Prozent sind unentschlossen¹⁶. Im Hinblick auf die rechtliche Gleichstellung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften und Ehen findet sich in manchen repräsentativen Umfragen ein Gleichgewicht von Unterstützung und Ablehnung. Wie bei vielen komplizierten Fragen, hängt auch hier einiges von der jeweiligen Fragestellung ab¹⁷. Nicht zuletzt bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften selbst ist es kontrovers, ob sie die Gleichstellung mit den Ehen wünschen sollen oder ob nicht die fehlende Verrechtlichung zu den Wesenszügen der nichtehelichen Lebensgemeinschaften gehört.

16 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher, Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, München-Allensbach am Bodensee 1997, S. 147.

17 Vgl. ebd., S. 148–151: Es finden sich unterschiedliche Zahlenverhältnisse für verschiedene Fragestellungen.

Familie, Ökonomie und Fürsorge

Die Diskussion um die Zukunft familiärer Lebensformen wird dominiert von Themen zur Beziehung zwischen den Partnern, der Emanzipation der Frau von der ökonomischen Abhängigkeit vom Mann, steigenden Scheidungszahlen als Ausdruck zunehmender Unzufriedenheit mit dem ausgewählten Lebenspartner und der Suche nach neuen Lebensformen¹. Kinder kommen in dieser Diskussion nur selten vor, allenfalls in Beziehung zu den Erwachsenen, etwa weil nicht genügend Kinderbetreuungsplätze vorhanden sind oder weil Familien nicht in der Lage sind, ihren Kindern die für angemessen gehaltene ökonomische Basis zu geben. Wie verengt die Perspektive auf Kinder in der öffentlichen Debatte ist, läßt sich am jüngsten Jugendbericht der Bundesregierung sehen, der, explizit als Kinderbericht angelegt, in der öffentlichen Debatte nur auf die wenigen Seiten zur Kinderarmut reduziert wahrgenommen wurde². Da Familien aber immer aus Partnern derselben Generation bestehen, die bereit sind, für die nachfolgende Generation völlig unabhängig von staatlicher, ökonomischer und kultureller Anerkennung Verantwortung zu übernehmen, kann eine familienbezogene Diskussion nur dann sinnvoll geführt werden, wenn neben die Partnerbeziehung immer auch die Beziehung zwischen den Generationen gestellt wird.

In diesem Aufsatz wird die These vertreten, daß die Familienmodelle der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Industriegesellschaften und der staatssozialistischen Gesellschaften angesichts des ökonomischen Wandels einem Teil der Kinder nicht mehr jene ökonomische Sicherheit bieten können, die eine unerläßliche Voraussetzung für ihre gesunde und sozial erfolgreiche Entwicklung ist.

Mein Dank gilt dem Statistischen Bundesamt und dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Technologie, deren Initiative die Daten des Mikrozensus 1995 auf CD-ROM öffentlich zugänglich machte. Auswertung der Daten und Interpretation liegen allein in meiner Verantwortung. Dem Deutsch-Amerikanischen Akademischen Konzil (DAAK) danke ich für die Möglichkeit, diesen Aufsatz als Fellow in Stanford, USA, am Center for Advanced Study in the Behavioral Sciences fertigzustellen.

1 Anmerkung der Redaktion: Siehe hierzu auch die Beiträge von Wolfgang Glatzer und Stefan Hradil in diesem Heft.

2 Vgl. Kinderbericht der Bundesregierung, Bonn 1998.

Daneben soll gezeigt werden, daß die Rolle der Familie in modernen Gesellschaften für die Fürsorge für Kinder und für Ältere zunehmend an Bedeutung gewinnt. Zudem wird die These begründet, daß der Staat nur begrenzt in der Lage ist, die Folgen dieses Wandlungsprozesses aufzufangen.

I. Ökonomische Sicherheit familiärer Lebensformen in der Industriegesellschaft

Als Max Weber³ vor hundert Jahren die katastrophale Lage der ostelbischen Landarbeiter beschrieb, zeigte er an der rechtlichen Konstruktion der Beschäftigungsverhältnisse in der Landwirtschaft, daß nur etwa fünf Prozent der Beschäftigten einigermaßen sichere Arbeitsplätze hatten. Die übrigen waren mehr oder minder kurzfristig beschäftigte Tagelöhner oder Beschäftigte auf kurzfristiger Kontraktbasis. Das war nicht nur ein Problem des ländlich geprägten ostelbischen Teils Preußens. 1929 beschrieben die amerikanischen Soziologen William F. Ogburn und Clark Tappitts⁴ im Auftrag des Präsidenten Hoover die Situation der amerikanischen Familie und sahen die damalige Krise der amerikanischen Familie wesentlich darin begründet, daß zunehmend Familien vom Lande in die Städte strömten. Dieser Prozeß wurde von ihnen sehr kritisch interpretiert: Zunehmende Bindungslosigkeit, steigende Scheidungszahlen, verwahrloste Kinder und zunehmender Alkoholismus waren in ihren Augen Indikatoren dafür, in welcher Weise ökonomische Umbruchprozesse familiäre Beziehungen erschüttern können.

Beim Vergleich der Gegenwart mit jener Zeit des ökonomischen Wandels ist festzustellen, daß der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft (1888 bis 1938) fast zwei Generationen gedauert hat, während der Übergang von der Industriegesellschaft

3 Vgl. Max Weber, Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland, Leipzig 1982.

4 Vgl. William F. Ogburn/Clark Tappitts, Family and Its Functions, New York 1933.

sellschaft zur postindustriellen Gesellschaft viel schneller verläuft. Von 50 Prozent in der Industrie Beschäftigten sank der Anteil linear von 1970 bis 1995 auf 33 bis 35 Prozent und soll weiter auf vermutlich 12 bis 17 Prozent abnehmen. Manche Prognosen⁵ halten sogar Anteile wie jene drei Prozent in der Landwirtschaft Beschäftigten auch für die industrielle Produktion für ausreichend, um die Versorgung der Bevölkerung mit industriellen Gütern sicherzustellen.

Bei diesen Prognosen stellt sich sofort die Frage, ob solche ökonomischen Veränderungen die gleichen Konsequenzen für die Familien haben werden wie vor hundert Jahren bis teilweise zum Zweiten Weltkrieg. Eine der großen Leistungen der Industriegesellschaft, und zwar sowohl der marktwirtschaftlich organisierten wie der staatssozialistischen, ist darin zu sehen, daß sie die Familienmodelle aus dem 19. Jahrhundert so weiterentwickelt hat, daß heute jene Verwerfungen wie zu Beginn dieses Jahrhunderts nicht auftreten. Beide Modelle halten die ökonomische Sicherheit von Kindern am ehesten dann für gewährleistet, wenn sie nicht mehr in der Verantwortung von Grundherren oder Hausherrn liegt, sondern wie alle anderen Verantwortlichkeiten auch privat bei den Eltern. Der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Modellen war und ist bis heute, daß im marktwirtschaftlichen Modell, so wie es auch die Bundesrepublik entwickelt hat, die Rechte und Pflichten der Eltern unabhängig vom Staat aus sich selbst heraus begründet werden, während dies in den verschiedenen staatssozialistischen Gesellschaften abgeleitete Rechte waren. Dieser Unterschied hat natürlich inhaltliche Konsequenzen für die Möglichkeit staatlicher Akteure, in das Familienleben einzugreifen und Dinge zu erzwingen, die weder Eltern noch Kinder wollen und nicht notwendigerweise deren Interessen dienen.

Es darf aber nicht verkannt werden, daß trotz dieser Einschränkungen und Formen möglicher staatlicher Bevormundung die Eltern im staatssozialistischen Modell ihre Aufgaben gegenüber ihren Kindern genauso gut wahrnahmen wie jene in den demokratisch-freien Gesellschaften. Jedenfalls zeigen Untersuchungen der Eltern-Kind-Beziehungen, unmittelbar nach der Wende durchgeführt⁶, verblüffend geringe Unterschiede in den Beziehungen und Einstellungen der Eltern zu ihren Kindern zwischen Ost und West. Diese Überein-

stimmung geht sogar so weit, daß bestimmte Veränderungen der Eltern-Kind-Beziehungen fast parallel verlaufen sind. So berichtet Gunter Schmidt in seiner Analyse des Wandels der Einstellungen zum Sexualverhalten von Jugendlichen⁷ zwischen 1968 und 1992, daß diese Wandlungstendenzen in Ost und West sehr ähnlich verlaufen sind und die Jugendlichen recht übereinstimmend auch das geänderte Verhalten der Eltern beschreiben. Daher unterscheidet Gunter Schmidt bei seinen Thesen über den Wandel in diesem Bereich eher zwischen Jungen und Mädchen als zwischen Ost und West.

Das entscheidend Neue an dem industriellen Familienmodell war die eindeutige personenorientierte und persönliche Verantwortlichkeit der Eltern. Diese wurde auch erst durch eine Vielzahl von Maßnahmen ermöglicht, die teilweise schon im vorigen Jahrhundert erdacht, aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg voll entfaltet wurden. Der heute so gescholtene soziale Wohnungsbau gab trotz seiner hohen Normierung Eltern und Kindern jene Form von abgeschlossenem Raum als notwendige Voraussetzung dafür, Familie in dieser privaten Form leben zu können. Denn eigene Kinderzimmer, ein separates Elternschlafzimmer, eigene Toiletten und Bäder nur für die eigene Familie, und dies für die Mehrheit der Bevölkerung, all das wurde in der Bundesrepublik erst in den fünfziger und sechziger Jahren realisiert, in der DDR erst in den siebziger und achtziger Jahren. Die Regulierungen am Arbeitsmarkt waren eine weitere wesentliche Voraussetzung der ökonomischen Sicherheit familiären Lebens. Nicht jede wirtschaftliche Unwägbarkeit, nicht jedes wirtschaftliche Risiko und nicht jede betriebliche Auseinandersetzung mit dem Risiko für die Beschäftigten, wie es Max Weber noch beschrieb, sollten direkt auf das familiäre Leben durchschlagen.

Daß Wohnungen für Familien und ökonomische Sicherheit wesentliche Voraussetzungen für gelingendes Familienleben sind, war schon Anfang des vorigen Jahrhunderts bekannt, ebenso, daß die persönliche Fürsorge der Mütter für ihre Kinder die beste und gesamtgesellschaftlich kostengünstigste Form der Kindererziehung ist⁸. Das gilt uneingeschränkt bis in die Gegenwart. Der jüngste Familienbericht⁹ zeigt eindrucksvoll, welche Ko-

5 Vgl. Jeremy Rifkin, *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Frankfurt am Main 1996.

6 Vgl. Hans Bertram (Hrsg.), *Die Familie in den neuen Bundesländern*, Opladen 1992.

7 Vgl. Gunter Schmidt (Hrsg.), *Jugendsexualität. Sozialer Wandel, Gruppenunterschiede, Konfliktfelder*, Stuttgart 1993.

8 Vgl. Jacques Donzelot, *Die Ordnung der Familie*, Frankfurt am Main 1977.

9 Vgl. *Fünfter Familienbericht der Bundesregierung*, Bonn 1994.

sten entstehen würden, wenn die Gesellschaft all diese Leistungen erbringen müßte.

Ohne Zweifel gehört dieses Familienmodell der Industriegesellschaft mit seinen personalisierten Eltern-Kind-Beziehungen, der Privatheit der eigenen Wohnung, der Möglichkeit der eigenen Lebensgestaltung, gesichert durch stabile Beschäftigungsverhältnisse und zeitliche Dispositionsräume für die Kindererziehung zu den kulturellen und sozialen Spitzenleistungen der Industriegesellschaft. Trotzdem muß seine Zukunft skeptisch betrachtet werden. Denn bestimmte Strukturbedingungen in Ökonomie, Kultur und Politik werden die Chancen eines solchen Modells auf Dauer minimieren.

Ökonomisch hing dieses Modell davon ab, daß die Sicherheit des Arbeitsplatzes die ökonomische Sicherheit der Familie garantieren konnte. Die Wahrscheinlichkeit, daß diese Sicherheit auch in Zukunft gegeben ist, muß aber als gering eingeschätzt werden. Wenn die bayerisch-sächsische Zukunftskommission¹⁰ eine Zahl von zukünftig etwa 50 Prozent gegenüber heute 75 Prozent unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse als realistisch schätzt, liegt sie immer noch über der gegenwärtigen amerikanischen Realität von etwa 35 Prozent. Wer bei weltweit operierenden Konzernen die Innovationszyklen für das Entstehen völlig neuer Dienstleistungen und Güterproduktionen betrachtet oder die immensen Veränderungen im traditionellen Bereich, wie dem Bankwesen, wo weltweit agierende Firmen elektronisch Kunden in Größenordnungen erreichen wollen, die vor kurzem noch unvorstellbar waren, erkennt, daß eine solche Ökonomie, die von Wissen und Innovationsfreude gespeist ist, nicht auf Dauerarbeitsplätze setzen kann. Auch durch den Staat werden diese Dauerbeschäftigungsverhältnisse nicht mehr zu garantieren sein, weil der für die Industriegesellschaft typische Zusammenhang zwischen bestimmten Produktionen, bestimmten Rohstoffen, wie Kohle und Eisen, keine Geltung mehr hat. Standortentscheidungen für Firmen, die auf Wissen basieren, erfolgen eher danach, wo die meiste Kompetenz in bestimmten Wissensgebieten vermutet wird. Wissen, Kompetenz und Innovationsfreude entstehen aber nicht unbedingt da, wo früher die industriellen Zentren waren. Wer die Entwicklung der Computerindustrie, der neu entstehenden Kommunikationsindustrie, der Biotechnologie und Kulturindustrie verfolgt, findet weder traditionelle

Agrarbereiche noch altindustrielle Ballungsgebiete als bevorzugte Standorte. So ist das Silicon Valley südlich von San Francisco in eine Universitätslandschaft eingebettet, die nicht nur Berkeley und Stanford umfaßt, weil hier offenbar der Rohstoff Wissen reichlich vorhanden war.

Kulturell wird dieses Familienmodell große Schwierigkeiten haben zu überdauern, weil alle Industriegesellschaften seit den sechziger und siebziger Jahren immense Summen in die Bildung der nachwachsenden Generation gesteckt haben, um durch das Ausschöpfen der Begabungsreserven im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Der sich aus der Bildungsreform ergebende Effekt auf das kulturelle Selbstverständnis der meisten Industriegesellschaften ist eindeutig: Bildung führt notwendigerweise zur Stärkung der Entwicklung des modernen Individualismus. Traditionelle Rollenzuschreibungen und traditionelle Werte sind in einer zunehmend gebildeten Gesellschaft nur dann akzeptabel, wenn sie von den Individuen auf der Basis von persönlicher Einsicht und Nachvollziehbarkeit plausibel sind. Die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau ist heute für die überwiegende Mehrheit der Männer und Frauen nur noch nachvollziehbar, wenn es sich um kleine Kinder handelt¹¹. Die mit dem Modell der Industriegesellschaft verbundene lebenslange Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau findet schon ab dem sechsten Lebensjahr der Kinder bei der Mehrheit der Bevölkerung keine Akzeptanz mehr.

Politisch hat dieses Modell auch keine Zukunft, denn abgesehen von den lang laufenden juristischen und politischen Prozessen der Gleichstellung von Mann und Frau werden vermutlich die Politiker mit dem Problem konfrontiert sein, daß es sich keine Gesellschaft im internationalen Wettbewerb politisch leisten kann, einfach auf die Hälfte des gesellschaftlichen Qualifikationspotentials zu verzichten und dafür entsprechende Nachteile in Kauf zu nehmen. Denn der Wandel von der industriezentrierten zur dienstleistungsorientierten Beschäftigung war nur durch die Integration der Frauen und Mütter in das Erwerbsleben möglich. Aus einem Stahlarbeiter läßt sich nur schwer ein Steuerfachbeamter machen. Dagegen ist eine gutqualifizierte Realschülerin nach einer

¹⁰ Vgl. Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hrsg.), *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland*, Bonn 1998.

¹¹ Vgl. Hans Bertram (Hrsg.), *Die Familie in Westdeutschland*, Opladen 1991; ders. (Anm. 6), ders., *Familien leben*, Gütersloh 1997; vgl. auch Max Wingen, *Familienpolitik – Grundlagen und aktuelle Probleme*, Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 339, Bonn 1997.

entsprechenden Ausbildung nicht nur für den Staat als Arbeitskraft von Interesse.

II. Ökonomische und soziale Konsequenzen: Die Zweiverdienerfamilie

Zunehmende ökonomische Unsicherheiten, tiefgreifende kulturelle Veränderungen und politische Entwicklungen führten zu einer Erosion der ökonomischen Basis der industriegesellschaftlichen Familie, deren Nachfolgemodell nur eine Modifikation des bisherigen Modells darstellt. Denn wie internationale Vergleiche zeigen¹², besteht das gegenwärtige Modell familiären Zusammenlebens in seiner ökonomischen Basis wesentlich aus der Zweiverdienerfamilie, in der der Mann etwas bis erheblich mehr verdient als die Ehefrau und in der die Kinderbetreuung in den ersten Lebensjahren bzw. im ersten Lebensjahr fast ausschließlich durch die Ehefrau und erst mit dem Heranwachsen des Kindes auch zunehmend durch andere Institutionen wahrgenommen wird. Dieses Modell ist heute in der Bundesrepublik, wie aber auch in den Vereinigten Staaten und anderen westeuropäischen Staaten, das dominierende Modell familiären Lebens. In der Bundesrepublik leben heute von allen Familien mit Kindern bis zum 18. Lebensjahr etwa 40 Prozent dieses Modell. Diese Zahlen unterscheiden sich kaum von den Zahlen der Vereinigten Staaten¹³.

Soweit empirische Umfragen ein genaues Bild der Lebensvorstellung von Menschen wiedergeben, wird dieses Modell der vorwiegenden Betreuung kleiner Kinder durch die Mütter auch von der Mehrheit der betroffenen Familien gewünscht, und zwar in Ost- wie in Westdeutschland. Wie schon 1991¹⁴, zeigen auch fast zehn Jahre nach der Wende die meisten Eltern mit Kindern in West- wie in Ostdeutschland eine hohe Präferenz für dieses Modell. Bei Kindern unter drei Jahren sind nur knapp sechs Prozent der Befragten¹⁵ für die volle Erwerbstätigkeit beider Eltern. Das Bild ändert

sich mit zunehmendem Lebensalter des Kindes, wobei sich dann deutliche Ost-/West-Unterschiede ergeben. Während in Westdeutschland auch bei Schulkindern ein Drittel der Befragten für das traditionelle Modell der Versorgerehe plädiert, sind in den neuen Bundesländern ebenso viele Befragte für die Erwerbstätigkeit beider Eltern¹⁶. Allerdings bevorzugen die meisten Befragten jenes heute dominante Modell der Zweiverdienerfamilie mit dem vollzeitbeschäftigten Ehemann und der teilzeitbeschäftigten Ehefrau. Denn bei der Frage, wer teilzeitbeschäftigt sein soll, wählen auch die Frauen mehrheitlich die Alternative Ehefrau/Mutter. Der wesentliche Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland liegt darin, daß in Ostdeutschland rund ein Drittel für die Vollzeitbeschäftigung der Mütter bei Kindern ab sechs Jahren plädiert, in Westdeutschland hingegen ein Drittel auch bei dieser Altersgruppe für die Hausfrauenrolle.

Die Unterschiede erklären sich vermutlich auch aus den Einkommensdifferenzen. Denn während in Westdeutschland das Einkommen der Ehefrau im Durchschnitt nur etwa 30 bis 40 Prozent des gesamten Familieneinkommens ausmacht, ist dieser Anteil in den neuen Bundesländern wesentlich höher und erreicht fast das Einkommen des Ehemanns. Dafür müssen die Ehefrauen in den neuen Bundesländern fast 10 bis 15 Stunden mehr arbeiten als die Frauen in den alten Bundesländern. Jedoch sind die Einkommen der Ehemänner auf Grund der Einkommensunterschiede zwischen Ost und West immer noch erheblich niedriger¹⁷.

Allerdings kann man aus diesen Wandlungstendenzen nicht ableiten, daß der Übergang von der Versorgerehe zum Modell der Zweiverdienerfamilie ohne Probleme vonstatten ginge und daß es nicht auch für bestimmte Gruppen ganz erhebliche ökonomische Nachteile mit sich bringe. Denn es profitieren nur jene Familien, die diesen Veränderungen folgen können und in denen beide Elternteile auch über eine qualifizierte Ausbildung verfügen, die dieses Modell überhaupt erst ermöglicht. Vergleicht man die Einkommensentwicklung zwischen Familien mit Kindern und Ehepaaren ohne Kindern, so haben die Einkommensrelationen zwischen diesen Gruppen seit 1982 kaum eine Veränderung erfahren. Denn das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen von Familien mit einem Kind betrug 1982 rund 60 Prozent, ähnlich wie auch 1992, während das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen bei Familien mit zwei Kindern 1982 wie 1992 etwa

12 Vgl. Hans-Peter Blossfeld/Catherine Hakim (Hrsg.), *Between Equalization and Marginalization. Part-Time Working Women in Europe and the United States*, Oxford 1997.

13 Vgl. Reynolds Farley, *The New American Reality. Who We Are, How We Got There, Where We Are Going*, New York 1996.

14 Vgl. H. Bertram (Anm. 6).

15 Vgl. ders./Bernhard Nauck/Thomas Klein (Hrsg.), *Solidarität, Lebensformen und regionale Entwicklung*, Opladen (i. E.).

16 Vgl. Hans Bertram (Hrsg.) *Das Individuum und seine Familie*, Opladen 1995.

17 Eigene Berechnungen auf Basis des Mikrozensus 1995, 1998.

Tabelle 1: Anteile der Familien mit Kindern unter 6 Jahren im Niedrigeinkommensbereich nach Familientypen (in Prozent)

Bundesland	Alleinerziehende	Ehepaare mit einem Kind	Ehepaare mit zwei Kindern	Ehepaare mit drei und mehr Kindern
Schleswig-Holstein	44,4	9,2	6,2	26,3
Hamburg	41,5	7,6	10,1	22,2
Niedersachsen	47,6	8,3	11,8	30,7
Bremen	63,1	12,8	13,0	60,0
Nordrhein-Westfalen	46,8	10,0	12,2	34,4
Hessen	49,6	8,8	7,6	24,9
Rheinland-Pfalz	55,3	7,9	9,7	39,4
Baden-Württemberg	46,3	6,9	8,4	26,3
Bayern	49,2	4,7	7,3	7,8
Saarland	56,0	8,0	11,7	80,0
Berlin	42,6	10,8	14,3	50,0
Brandenburg	44,8	9,4	25,3	24,1
Mecklenburg-Vorpommern	46,1	13,8	16,4	–
Sachsen	44,4	8,1	24,2	23,5
Sachsen-Anhalt	47,7	11,0	39,3	61,5
Thüringen	42,6	10,0	18,7	11,9
Ostdeutschland	45,1	9,9	24,4	22,2
Westdeutschland	47,5	7,9	9,8	28,2
Bundesrepublik	46,8	8,2	10,6	27,8

Quelle: Mikrozensus 1995, eigene Berechnungen (Median West = 1771, davon 50 Prozent = 885; Median Ost = 1544, davon 50 Prozent = 772).

Grundlage der Berechnungen: Familieneinkommen gewichtet nach OECD (Anzahl der Personen in der Familie und 50 Prozent des Medians des Pro-Kopf-Familien-Einkommens getrennt für Ost-West): Die Berechnung des Pro-Kopf-Familien-Einkommens erfolgte auf der Grundlage der OECD-Äquivalenzskala. Die erste erwachsene Person wird mit 1 gewichtet, jede weitere erwachsene Person mit 0,7; Kinder unter 14 Jahre erhalten den Faktor 0,5 und Kinder über 14 Jahre den Faktor 0,7 entsprechend den erwachsenen Haushaltsmitgliedern.

50 Prozent des Pro-Kopf-Einkommens von Ehepaaren ohne Kinder betrug. Diese Zahlen entsprechen sich in verschiedenen Untersuchungen, wie ein Vergleich mit dem Kinderbericht von Baden-Württemberg¹⁸ und die Berechnungen von Kurt Hesse und Silke Thiele¹⁹ zeigen.

Verlierer des Wandels sind ohne Zweifel die Familien mit drei und mehr Kindern und jene Familien, in denen nur die Mutter das ökonomische Überleben der Familie sichern kann. Die heute so häufig diskutierte Kinderarmut ist zweifellos auch ein Ergebnis des Strukturwandels der ökonomischen Basis der Familie. Denn wenn heute davon gesprochen wird, daß besonders Kinder unter sechs Jahren in Familien aufwachsen, deren Einkommen weniger als die Hälfte des mittleren Einkommens aller deutschen Haushalte ausmacht, sowohl in Ost wie in West, so betrifft diese relative Armut nicht alle Familien in gleicher Weise, sondern vor allem

die Familien mit drei und mehr Kindern und die Alleinerziehenden. Der Anteil der in relativer Armut lebenden Familien mit Kindern bis zu sechs Jahren beträgt in den neuen Bundesländern rund 25 Prozent und in den alten Bundesländern 13 Prozent, wenn man 50 Prozent des Medians des Pro-Kopf-Familien-Einkommens für die gesamte Bundesrepublik zugrunde legt. Nimmt man als Maßstab dagegen das jeweilige durchschnittliche Einkommen in Ost und West, so beträgt der Anteil der Familien mit Kindern bis zu sechs Jahren in relativer Armut in den neuen Bundesländern etwa 20 und in den alten Bundesländern 13 Prozent²⁰.

Wenn auch bei einer getrennten Betrachtungsweise der Durchschnittseinkommen die Quote der Familien in den neuen Bundesländern, die in relativer Armut leben, geringer ausfällt, ist dieser Anteil doch erschreckend hoch. Das ist aber nicht nur auf die geringeren Einkommen in den neuen Bundesländern zurückzuführen, sondern wesentlich auf die andere Zusammensetzung der Familien, näm-

18 Vgl. Familienbericht Baden-Württemberg, Stuttgart 1995.

19 Vgl. Kurt Hesse/Silke Thiele, Einkommen und Einkommensentwicklung von Familien mit Kindern, unv. Ms., Kiel 1997.

20 Eigene Berechnungen auf Basis des Mikrozensus 1995, 1998.

lich einen höheren Anteil an Alleinerziehenden in Ostdeutschland. Vergleicht man die Anteile der Familien mit Kindern unter sechs Jahren in den einzelnen Bundesländern und die familiären Lebensformen hinsichtlich der relativen Armut, so wird deutlich, daß in allen Bundesländern vor allem die Kinder von Alleinerziehenden mit weniger als 50 Prozent des Pro-Kopf-Einkommens der restlichen Bevölkerung auskommen müssen, in Hamburg 41,5 und in Bremen 63 Prozent. Ähnlich erschreckend hohe Werte lassen sich auch für die Familien mit drei und mehr Kindern zeigen, allerdings mit größeren Variationen. Leben im Freistaat Bayern nur knapp acht Prozent dieser Familien unterhalb der Armutsgrenze, sind es im Saarland 80, in Bremen 60, Sachsen-Anhalt 61 und Berlin 50 Prozent, so daß diese Verarmung keinesfalls durch eine Ost-West-Differenzierung erklärt werden kann (vgl. Tabelle 1).

In den USA sind die Entwicklungen in den letzten zwanzig Jahren ganz ähnlich verlaufen. Reynolds Farley²¹ kommt zu dem Ergebnis, daß die ökonomische Situation von Kindern im wesentlichen vom Familientypus abhängt, in dem sie aufwachsen. In den USA beträgt der Anteil der unter 18jährigen in relativer Armut bei einer alleinerziehenden Mutter knapp 47 Prozent, in vollständigen Familien liegt er bei neun Prozent. Bei den Familien mit Kindern unter sechs Jahren schwankt dieser Anteil in der Bundesrepublik bei den Ehepaaren mit einem Kind zwischen fünf Prozent in Bayern und rund 14 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern, bei Familien mit zwei Kindern zwischen sechs Prozent in Schleswig-Holstein und 40 Prozent in Sachsen-Anhalt. Diese Zahlen für alleinerziehende Mütter mit Kindern und Ehepaaren mit drei, teilweise auch mit zwei Kindern zeigen deutlich, daß das neue Modell der Zweiverdienerfamilie diese Familien heute genauso, möglicherweise sogar besser stellt als das alte Modell der Versorgerfamilie. Hingegen sind alle familiären Lebensformen, die von diesem Modell abweichen, mit einem erhöhten Armutsrisiko behaftet. Der Vergleich mit den USA macht zudem deutlich, daß das keine spezifisch deutsche Entwicklung ist, sondern daß es sich dabei offenkundig um Ergebnisse der oben skizzierten ökonomischen, kulturellen und politischen Prozesse handelt. Es verdient in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen zu werden, daß auch in den Zeiten, in denen das Modell der Industriefamilie dominierte, jene Familienformen benachteiligt waren, die diesem Modell nicht entsprachen. So stellt bereits 1958 ein Bericht der

Bundesregierung die besonders schwierige ökonomische Situation der Kriegerwitwen heraus²².

Diese wenigen Zahlen zeigen deutlich, daß Kinderarmut kein Ost-West-Problem ist, sondern vor allem Ergebnis eines tiefgreifenden ökonomischen Wandels unserer Gesellschaft, der auch erhebliche Auswirkungen auf die ökonomische Basis von Familien mit Kindern hat. Diese Entwicklung, die weitgehend parallel auch in den Vereinigten Staaten verläuft, ist weniger Ergebnis politischer Entscheidungen als Folge struktureller Veränderungen in unserer Gesellschaft. Die enormen regionalen Variationen lassen sich zudem nicht auf die unterschiedliche ökonomische Entwicklung in der ganzen Region zurückführen, sondern wesentlich auf die unterschiedliche Verteilung von Lebensformen in der Bundesrepublik. In einer Großstadt wie Bremen oder Berlin ist der Anteil der Alleinerziehenden viel höher als in sämtlichen katholischen Regionen Süddeutschlands.

Auch wenn das alte Modell der Industriefamilie langsam verschwindet und durch neue Lebensformen ersetzt wird, sollte nicht übersehen werden, daß ausgerechnet dieses alte Modell heute in der Bundesrepublik nicht nur in erheblichem Umfang zum sozialen Frieden beiträgt, sondern vermutlich auch eine wesentliche Ursache dafür ist, daß die staatlichen Unterstützungssysteme, wie Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe und andere staatliche Leistungen (z. B. BAFöG), heute überhaupt in der Lage sind, einen Teil der negativen Auswirkungen dieser Umbruchprozesse aufzufangen. Denn ausgerechnet in den altindustriellen Gebieten Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes liegt die Zahl der Familien, die das neue Modell der Zweiverdienerfamilie leben, erheblich unter dem Bundesdurchschnitt. Dort lebt ein besonders hoher Prozentsatz der Familienangehörigen von der Unterstützung durch das familiäre System. Neben den Kindern sind das vor allem die nicht erwerbstätigen Mütter. Im Saarland leben ebenso wie in Nordrhein-Westfalen etwa 36 Prozent der im Mikrozensus erfaßten Personen von ihren Angehörigen. Gleichzeitig ist in diesen Regionen der Anteil der Personen, die überwiegend von der Erwerbsarbeit leben, mit 36 bzw. 39 Prozent niedriger als im Rest der Bundesrepublik (vgl. Tabelle 2).

Vergleicht man diese beiden Länder mit den neuen Bundesländern, so können in Sachsen-Anhalt, das den größten Teil seiner Industrie verloren hat, mit 42 Prozent rund sechs Prozent mehr

21 Vgl. R. Farley (Anm. 13).

22 Vgl. Bericht der Bundesregierung über die Lage von Müttern und Kindern, Bonn 1958.

Tabelle 2: Einkommensquellen (in Prozent)

	Der Lebensunterhalt wird überwiegend bestritten durch			
	Angehörige	staatliche Unterstützungs- leistungen*	Rente, Pension	Erwerbstätigkeit
Schleswig-Holstein	32,2	6,1	19,4	42,4
Hamburg	27,4	8,0	21,0	43,5
Niedersachsen	32,2	6,6	20,4	40,7
Bremen	26,0	10,0	22,6	41,5
Nordrhein-Westfalen	36,2	4,7	20,3	38,8
Hessen	32,7	5,3	19,5	42,6
Rheinland-Pfalz	32,5	7,4	19,8	40,4
Baden-Württemberg	33,1	4,9	18,6	43,4
Bayern	32,3	4,1	19,3	44,3
Saarland	36,0	6,4	21,3	36,2
Berlin	24,0	11,2	19,9	44,9
Brandenburg	25,1	10,8	20,9	43,2
Mecklenburg-Vorpommern	24,9	10,6	21,3	43,2
Sachsen	21,5	12,9	24,2	41,4
Sachsen-Anhalt	21,8	11,6	24,2	42,4
Thüringen	23,2	11,2	22,4	43,1

* In der Spalte „staatliche Unterstützungsleistungen“ wurden die Kategorien „Arbeitslosengeld/-hilfe“, „Hilfe zum Lebensunterhalt“ und „sonstige Leistungen“ (z. B. BAFöG) zusammengefaßt.

Quelle: Mikrozensus 1995 und eigene Berechnungen.

Personen von der Erwerbstätigkeit leben als im Saarland. Die hohen staatlichen Unterstützungsleistungen, die in Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg anfallen, sind im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß der Prozentsatz der Bevölkerung, der von der Unterstützung durch Angehörige lebt, besonders niedrig ist. Denn in den neuen Bundesländern leben in der Regel weniger als 25 Prozent der Bevölkerung von der Unterstützung durch Angehörige, mit der Konsequenz, daß die staatlichen Unterstützungsleistungen in diesen Ländern besonders hoch sind.

Diese Zusammenhänge gelten nicht nur für die neuen, sondern in gleicher Weise auch für die alten Bundesländer. In den beiden norddeutschen Großstädten Hamburg und Bremen sowie in Berlin ist der Anteil derjenigen, die von der Erwerbsarbeit leben, nicht geringer als in den anderen Bundesländern, sondern tendenziell höher, und dennoch sind hier die staatlichen Unterstützungsleistungen höher als im Durchschnitt der Bundesrepublik. Das ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß in Bremen, Berlin und Hamburg die Unterstützung durch Angehörige niedriger ausfällt als im Durchschnitt der Bundesrepublik. Wenn die Saarländerinnen und die nicht erwerbstätigen Mütter in Nordrhein-Westfalen in gleicher Weise wie die Frauen und Mütter in den neuen Bundesländern auf dem Arbeitsmarkt um Arbeit nach-

fragten und entsprechend bei der gegenwärtig knappen Erwerbslage keine Arbeit fänden, wären die zu erbringenden staatlichen Leistungen höher als in den neuen Bundesländern oder den norddeutschen Großstädten.

Tabelle 2 zeigt zudem deutlich, daß gerade diejenigen Bundesländer besonders wenig staatliche Unterstützungsleistungen aufwenden, nämlich Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, in denen der Anteil der Bevölkerung, der von Erwerbsarbeit leben kann, besonders hoch ist, gleichzeitig aber auch der Anteil derjenigen besonders hoch ist, der von familiären Leistungen lebt. Da in diesen Bundesländern die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern relativ hoch ist, profitieren diese Bundesländer einerseits davon, einen hohen Anteil der Bevölkerung auf dem Arbeitsmarkt unterbringen zu können, aber gleichzeitig durch das Zweiverdiener-Familienmodell nur einen geringen Anteil an staatlichen Leistungen aufbringen zu müssen. In diesen Bundesländern scheint die Entwicklung der ökonomischen Basis des neuen Familienmodell weiter fortgeschritten zu sein als in den altindustriellen Regionen Nordrhein-Westfalens und des Saarlands. Außerdem haben sie gegenüber den neuen Bundesländern den zusätzlichen Vorteil, daß ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung von den Leistungen der Angehörigen leben kann. Wollten die neuen Bundesländer auf jene vier Prozent staatlicher Leistun-

gen kommen, die in Bayern aufzuwenden sind, so müßten diese Bundesländer entweder den Anteil der Bevölkerung, der von Erwerbsarbeit leben kann, etwa in Sachsen, um neun Prozent steigern oder aber jenem Modell der altindustriellen Ballungsgebieten folgen, in denen bei der insgesamt geringeren Beschäftigungsquote ein großer Anteil der Bevölkerung überwiegend durch die Familie lebt.

Dieser Weg zurück in die Lebensform der industriegesellschaftlichen Familie ist allerdings wenig plausibel, weil die ökonomische Basis dafür zunehmend erodiert. Allerdings ist gegenwärtig auch wenig plausibel anzunehmen, daß die neuen Bundesländer in absehbarer Zukunft einem um zehn Prozent höheren Anteil der Bevölkerung ermöglichen können, überwiegend von der Erwerbsarbeit zu leben. Wie auch immer die weitere Entwicklung familiärer Lebensformen sich vollziehen wird, die ökonomische Bedeutung der Familie sollte schon deswegen nicht unterschätzt werden, weil bisher nicht zu erkennen ist, daß der Staat oder der Markt bei der erwachsenen Bevölkerung an die Stelle der Familie treten können. Vermutlich können nicht so viele Arbeitsplätze entstehen, um jedem ausgebildeten Erwachsenen ein von anderen Erwachsenen unabhängiges Einkommen zu garantieren, das für den Lebensunterhalt ausreicht.

Ein Blick in die Daten der amerikanischen Einkommensstatistik²³ zeigt, daß hier ebenso wie in Deutschland die Familieneinkommen und nicht die Einzeleinkommen die ökonomische Basis für die Mehrheit der Bevölkerung darstellen. Selbst für das Silicon-Valley mit Vollbeschäftigung und Arbeitskräftemangel gilt diese Aussage. Im übrigen stimmt sie auch bei der Betrachtung nach Altersgruppen. Nach dem deutschen Mikrozensus wurden 1995 von den 18- bis 25jährigen Männern etwa 38 Prozent und von den gleichaltrigen jungen Frauen 46 Prozent überwiegend von der Familie unterhalten, dagegen nur rund 7 bzw. 8,5 Prozent von staatlichen Unterstützungsleistungen. Selbst bei den bis zu 27jährigen beträgt der Anteil der jungen Männer, die durch die Angehörigen unterstützt werden, 20 Prozent und 25 Prozent bei den jungen Frauen. In beiden Gruppen ist der Staat nur mit rund 11 bzw. 14 Prozent Unterstützungsleistung beteiligt. Es ist kaum vorstellbar, daß der Markt oder der Staat diese zusätzlichen Leistungen der Familie übernehmen könnten.

Nach den hier zusammengetragenen Daten stellt das Modell der Zweiverdienerfamilie die ökonomisch sicherste Basis für die zukünftige familiäre Entwicklung dar. Denn dieses Modell sichert die Familie gegenüber der Erosion der Normalarbeitsverhältnisse ab und verhilft ihr auch zu einer angemessenen Teilnahme an der ökonomischen Entwicklung moderner Gesellschaften. Dennoch darf nicht verkannt werden, daß auch dieses Modell, trotz seiner ökonomischen Überlegenheit, bestimmte nicht übersehbare Nachteile mit sich bringt.

III. Soziale Partnerschaft, funktionale Gleichheit oder Lebensverlaufssequenzen?

Moderne Gesellschaften sind ebenso wie traditionale Gesellschaften darauf angewiesen, daß Solidarität, Fürsorge, persönliche Hilfeleistungen und Zuwendungen zu anderen Personen unabhängig von Erwerbsarbeit und bürokratischen Organisationen von den einzelnen Individuen geleistet werden. Denn diese Formen der personalen Fürsorge für andere sind nicht nur eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, daß moderne Gesellschaften in ihrer Arbeitsteiligkeit existieren können, sondern auch eine wesentliche Erfahrung für Kinder und Jugendliche, um selbst zu lernen, anderen gegenüber wiederum solche Formen von persönlicher Fürsorge und Unterstützung zu erbringen. Für Amitai Etzioni²⁴ ist ohne diese Erfahrung kaum zu erwarten, daß die nachwachsende Generation für die älter werdende Eltern- und Großelterngeneration die gleiche Fürsorge aufwenden wird, wie dies für die eigene Elterngeneration gegolten hat. Dabei stellt sich heute für die nachwachsende Generation ein erhöhter Bedarf an Fürsorge und Unterstützung für die Elterngeneration. Denn die gestiegene Lebenserwartung – eine Entwicklung, die noch nicht zu Ende ist – erhöht ohne Zweifel die Nachfrage nach Unterstützung und Solidarität im Alter. Dabei geht es nicht nur um Unterstützung und Zuwendung in Pflege- und Krankheitsfällen, sondern um gelebte soziale Beziehungen.

Das Modell der industriegesellschaftlichen Familie hat für die Kinder ein Höchstmaß an persönlicher Betreuung durch die Mutter gewährleistet. Das Modell der Zweiverdienerfamilie kann diesen

23 Vgl. U. S. Bureau of Census (Hrsg.), Current Population Reports P 60-203, Sep. 1998, Measuring 15 Years of Economic Change, Using the March Current Population Survey, US Government Printing Office, Washington D. C. 1998.

24 Vgl. Amitai Etzioni, Die verantwortungsbewußte Gesellschaft, Frankfurt am Main 1996.

Ansprüchen nicht mehr genügen, weil die Verfügbarkeit über persönliche Zeit und die Möglichkeit, auf die Bedürfnisse der Kinder einzugehen, zunehmend davon abhängig sind, ob und inwieweit Arbeitszeit, Arbeitsweg und Familienalltag noch aufeinander zu beziehen sind. James Coleman²⁵ kritisiert, daß durch die zunehmende Abwesenheit der Mütter viele Formen des sozialen Lernens in der Familie und der intuitiven Vermittlung sozialen Kapitals verschwinden und dadurch die Investition in kulturelles Kapital verringert wird. Denn aus der Zeit für Kinder wird zunehmend Zeit für die Berufsarbeit. Darüber hinaus wird aber die Zeit knapp, die in die Pflege der Generationenbeziehungen investiert werden kann. Da Zeit immer auch ein Indikator für die Bedeutung ist, die bestimmten Bereichen zugemessen wird, bedeutet die Verlagerung eines Teils der Familienzeit in die Berufsarbeit auch eine Abwertung des familiären Bereichs. Zeit für Solidarität und Fürsorge wird zunehmend knapp. Arlie Russell Hochschild²⁶ hält das für besonders paradox, weil die Nachfrage nach Fürsorge und Solidarität steigt. Denn es sind nicht nur die Kinder, sondern auch die Älteren, die einen steigenden Bedarf an sozialer Zuwendung haben.

Amitai Etzioni zeigt in seinem Entwurf einer kommunitarischen Familie, daß diese Abwertung der Eltern-Kind-Beziehung für die Gesellschaft eine Vielzahl von Problemen aufwirft. Für ihn ist es eine moralische Frage, ob und in welchem Ausmaß Gesellschaften die Kindererziehung der ökonomischen Entwicklung nachordnen dürfen. Die kommunitarische Diskussion nimmt zu dieser Frage ganz eindeutig Stellung: Die Entwicklung und die Bedürfnisse von Kindern nach personalen Beziehungen, nach Sicherheit und nach individuellen Vorbildern sind unter einer moralischen Perspektive wichtiger als das ökonomische Wohlergehen der Gesamtgesellschaft und auch der einzelnen Familie. Die Lösung des Zielkonflikts zwischen den Bedürfnissen und Ansprüchen der Kinder und den ökonomischen Erfordernissen werden im kommunitarischen Familienmodell weitgehend so gelöst wie in der Industriefamilie, in der eine feste, stabile Beziehung zur Mutter und hinreichend Zeit des Vaters als wesentliche Voraussetzung für eine gesunde und sozial kompetente Entwicklung von Kindern galten.

25 Vgl. James S. Coleman, *Rationality and Society*, London 1991.

26 Vgl. Arlie Russell Hochschild, *Ideals of Care: Traditional, Postmodern, Cold-Modern, Warm-Modern*, in: Karen V. Hansen/Anita I. Garey, *Families in the U.S. Kinship and Domestic Politics*, Philadelphia 1998, S. 527–537.

Auch wenn man dem kommunitarischen Familienmodell nicht unterstellt, daß sich dahinter das traditionelle, hierarchisch organisierte Modell der Industriefamilie verbirgt, sondern konzediert, daß ein Modell einer neuen sozialen Partnerschaft versucht wird, so ist die Anlehnung an das traditionelle Modell unverkennbar. Denn dieses Modell sozialer Partnerschaft, in dem beide Eltern in gleicher Weise für die Erziehung und Fürsorge für die Kinder zuständig sind, geht davon aus, daß die Eltern unter funktionalen Gesichtspunkten miteinander entscheiden, wie sie die familiäre und die berufliche Arbeitsteilung organisieren. Da die gegebenen ökonomischen Strukturen zumeist zu einer höheren Bezahlung des Mannes führen, werden selbst Paare, die sich um die Gleichheit von Mann und Frau bemühen, aus ökonomischen Gründen eine Entscheidung zugunsten der Erwerbstätigkeit des Mannes und einer Aufgabe der Erwerbstätigkeit der Ehefrau treffen, solange die Kinder klein sind. Dieses Modell der sozialen Partnerschaft, das dem kommunitarischen Familienmodell entspricht mit einer funktionalen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, wird sich in den gegebenen ökonomischen Strukturen der Bundesrepublik kaum so entwickeln lassen, wie es theoretisch formuliert ist. Neil Gilbert²⁷ weist zu Recht darauf hin, daß das Modell sozialer Partnerschaft voraussetzt, daß die Betreuung und Erziehung von Kindern und die Hausarbeit gesellschaftlich die gleiche Anerkennung genießen wie die bezahlte Arbeit. Solange das nicht der Fall ist, bedeutet ein Modell der sozialen Partnerschaft, so wünschenswert es im Interesse der Kinder auch sein mag, daß die Frage der Gleichheit zwischen Mann und Frau ungelöst bleibt.

Aber auch das Alternativmodell der funktionalen Gleichheit muß erhebliche Probleme lösen. In diesem Modell teilen sich Mann und Frau in gleicher Weise Arbeit und Kinderbetreuung sowie die Fürsorge für die Älteren. Da die Berufsarbeit heute immer noch fast ausschließlich außerhäuslich organisiert ist, erzwingt das Modell der funktionalen Gleichheit notwendigerweise die Organisation der Kinderbetreuung überwiegend außerhalb der Familie. Jedoch bringt die außerhäusliche Betreuung von Kindern in der Regel einen Qualitätsverlust in der Betreuung²⁸ mit sich. Denn während im traditionellen Modell die Mutter für zwei bis fünf

27 Vgl. Neil Gilbert, *Working Families: Hearth to Market*, in: Mary Ann Mason/Arlene Skolnick/Stephen D. Sugarman, *All Our Families. New Policies for a New Century. A Report of the Berkeley Family Forum*, New York – Oxford 1998, S. 193–216.

28 Vgl. A. R. Hochschild (Anm. 26).

Kinder zuständig war, wird eine außerhäusliche Betreuung schon aus Kostengründen meist mit einer Betreuungsrelation von 12 bis 15 Kindern auf einen Erwachsenen auskommen müssen. Auch gehören die Erzieherberufe zu den am schlechtesten bezahlten Berufen, und die Aufwendungen für die öffentliche Kinderbetreuung sind in allen Gesellschaften zumeist niedrig. Voraussetzung für eine flächendeckende Betreuung von Kindern ist ihre Bürokratisierung und Industrialisierung. Große Einheiten mit bis zu 180 Kindern, wie sie heute schon in Berlin bestehen²⁹ mit klaren hierarchischen Strukturen gewährleisten bei langen Öffnungszeiten eine Kinderversorgung, die die reibungslose Integration von Mann und Frau in das Erwerbsleben ermöglicht. Selbst wenn in solchen Großbetrieben hoch motivierte Erzieherinnen arbeiten, die gut ausgebildet ihrer Arbeit nachgehen, wird diese Form der bürokratischen Kinderversorgung kaum das Ziel einer Gesellschaft sein können, die nicht nur dabei ist, andere Konsequenzen und Formen der industriellen Arbeit zu überwinden, sondern auch darauf angewiesen ist, individuelle und selbstbewußte junge Erwachsene als Nachfolger der jetzt erwerbstätigen Bevölkerung zu haben. Auch ist zu fragen, ob ein solches Modell letztlich nicht die Erziehung der Kinder von den leiblichen Müttern auf bezahlte Tagesmütter verlagert. Denn solange Fürsorge in unserer Gesellschaft weiblich organisiert ist, bedeutet auch die außerhäusliche Betreuung von Kindern, daß die Erziehungs- und Betreuungsarbeit allein von Frauen geleistet wird, mit dem wesentlichen Unterschied, daß die familiäre Betreuung die Bedürfnisse und die Entwicklung des Kindes individueller berücksichtigen kann als bürokratische Organisationen.

Bei der Betrachtung dieser Alternativen ist nicht zu übersehen, daß beide Modelle eine moderne Ausgabe der schon im 19. Jahrhundert entwickelten Konzeption der bürgerlichen Familie und ihrer sozialistischen Alternative darstellen. Denn das kommunitarische Familienmodell der sozialen Partnerschaft entspricht weitgehend den Vorstellungen von Alexis de Tocqueville (1835), der bei seiner Analyse der amerikanischen Familie die wechselseitige Verflechtung und Partnerschaft der Eltern als wesentliches Element der damaligen Familie der Vereinigten Staaten hervorhob³⁰. Hin-

29 Vgl. Birgit Bertram, *Bunte Kita-Landschaft in Berlin? Zur aktuellen Situation der Übertragung von kommunalen Kindertagesstätten in freie Trägerschaft in Ost-Berlin*, unv. Ms., Berlin 1998.

30 Vgl. Alexis de Tocqueville, *Demokratie in Amerika*, Zürich 1835/1968.

gegen entspricht das Modell der funktionalen Gleichheit mit der gleichen Beteiligung von Männern und Frauen an der bezahlten Erwerbsarbeit und der bürokratisch organisierten Kinderbetreuung den Vorstellungen etwa von August Bebel.

Beide Modelle sind mit den gleichen Mängeln behaftet. In beiden Modellen bleibt die Erziehung der Kinder ausschließlich Frauensache und betont damit weiterhin die Ungleichheit von Männern und Frauen. Außerdem stellt sich die Frage, ob eine solche Kindererziehung wirklich zukünftigen Erfordernissen entspricht. Diese Frage läßt sich pädagogisch beantworten, aber man kann auch eine soziologische Antwort versuchen. Beide Modelle entsprechen in ihrer Struktur den Lebensvorstellungen des 19. Jahrhunderts. Im Modell der sozialen Partnerschaft, der modernen Variante des bürgerlichen Familienmodells, konzentriert sich einer der beiden Partner im wesentlichen auf die Kindererziehung und nimmt dafür alle Nachteile einer unterbrochenen Erwerbsbiographie in Kauf. Bei dem Modell der funktionalen Gleichheit, der modernen Variante des sozialistischen Familienmodells, wird die kontinuierliche Erwerbsarbeit beider Partner durch eine industrielle Kinderbetreuung ermöglicht. Beide Modelle folgen damit dem im 19. Jahrhundert entwickelten Modell einer kontinuierlichen Berufsarbeit zu Lasten aller anderen Lebensbereiche. Das Modell der kontinuierlichen Erwerbsarbeit ist aber selbst Ergebnis der industriegesellschaftlichen Arbeitsorganisation, deren Funktionalität in der postindustriellen Gesellschaft deutlich zur Disposition steht³¹.

Heute stellt sich die Frage, ob dieses Modell der kontinuierlichen Erwerbsarbeit eine notwendige Voraussetzung erfolgreicher beruflicher Tätigkeit sein muß. Diese Frage läßt sich eindeutig verneinen. Auf Grund der gestiegenen Lebenserwartung und der geringen Kinderzahl pro Familie ließen sich Kindererziehung, Arbeit, Ausbildung und Fürsorge für die Älteren im Lebensverlauf ohne die Nachteile beider Modelle miteinander kombinieren. Denn bei einer Lebenserwartung zwischen 74 und 85 Jahren ließen sich alle diese Tätigkeiten sequentiell im Lebensverlauf verknüpfen, ohne dadurch Nachteile in den anderen Bereichen in Kauf nehmen zu müssen, wenn das Modell einer kontinuierlichen Karriere zugunsten diskontinuierlicher Berufsverläufe aufgegeben wird. Ein solches Modell kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn Männer und Frauen ein solches Modell in gleicher Weise leben und keine Nachteile damit verbunden sind.

31 Vgl. H. Bertram (Anm. 11).

Auch wenn sich diese Überlegungen zunächst einfach anhören, sind weitreichende Konsequenzen damit verbunden. In der Gegenwart nimmt die Ausbildung das erste Viertel des Lebens ein. Diskontinuierliche Berufsverläufe setzen jedoch voraus, daß in den verschiedenen Lebensphasen immer wieder neu gelernt werden kann. Sie erfordern von den Subjekten allerdings auch, daß ihre Vorstellungen von einem Leben nicht nur dann als glücklich und erfolgreich anzusehen sind, wenn man in nur einem Beruf ein Leben lang Karriere gemacht hat, sondern wenn man akzeptieren kann, sich im Verlauf seines Lebens auf unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern zu bewähren und auch darin Befriedigung zu finden. Wenn die eingangs erwähnten Prognosen richtig sind, daß zukünftig eine lebenslange Berufskarriere selten wird, so sind solche Lebensvorstellungen für die zukünftige Berufswelt vermutlich auch eher angemessen.

Neben diesen notwendigen Veränderungen in der Berufswelt mit ihren linearen Karrieremustern und dem rigiden Ausbildungssystem wird es aber vor allem darauf ankommen, die Fürsorge für Kinder, die Fürsorge für die Älteren und die Unterstützung der Schwächeren nicht allein als Aufgabe der Frauen oder der Wohlfahrtsbürokratie zu interpretieren. Ohne die Einbeziehung der Männer wird auch das Modell der diskontinuierlichen Berufsverläufe keinen Beitrag zur Verminderung der Ungleichheit von Mann und Frau in der Gesellschaft leisten. Das wird nur gelingen, wenn die Männer mit in den Fürsorgebereich integriert werden. Hier sind verschiedene Möglichkeiten denkbar. So läßt sich etwa bei diskontinuierlichen Lebensverläufen vorsehen, daß jedes Gesellschaftsmitglied wiederholt für eine kurze Zeit in

einem sozialen Bereich tätig ist. Würde diese Zeit, verteilt über den Lebensverlauf, den gleichen Zeitraum umfassen, den heute eine Frau durchschnittlich für die Erziehung von zwei Kindern aufwendet, also etwa sechs Jahre, könnten sich Männer und Frauen aussuchen, ob sie im Lebensverlauf Arbeit und Kinderbetreuung oder aber andere soziale Tätigkeiten in unserer Gesellschaft ausüben. Schon heute räumen wir jungen Männern die Möglichkeit ein, sich zwischen Zivil- und Wehrdienst sowie Mitgliedschaft in bestimmten sozial-karitativen Vereinen zu entscheiden, um für eine gewisse Zeitdauer bestimmte gesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen. Warum sollten ein Richter oder ein Bankkaufmann nicht vier Wochen im Jahr Schuldner beraten oder ein Verwaltungsangestellter im Altenheim Zeitungen vorlesen? Warum sollen solche Modelle nicht auf den ganzen Lebensverlauf ausgedehnt werden, um so einen Teil der Ungleichheit zwischen Mann und Frau aufzuheben? Das mag sich utopisch anhören, aber wenn sich heute eine junge, qualifizierte Frau für Kinder entscheidet, muten wir ihr diese Utopie als selbstverständlich zu. Was hält uns eigentlich davon ab, diese Utopie auch den Männern zuzumuten?

Nur ein Modell, das auf der Basis der veränderten Lebenszeit Männer und Frauen in gleicher Weise zur sozialen Verantwortlichkeit heranzieht und nicht einseitig die Berufsarbeit als die einzige und zentrale Möglichkeit der Selbstverwirklichung interpretiert, wird die Nachteile der modernen Varianten des bürgerlichen Familienmodells der sozialen Partnerschaft wie aber auch des sozialistischen Familienmodells der funktionalen Gleichheit überwinden können.

Karl Otto Hondrich: Zur Dialektik von Individualisierung und Rückbindung am Beispiel der Paarbeziehung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 53/98, S. 3–8

In der Diskussion über Entwicklungstendenzen moderner Gesellschaften nimmt der Begriff „Individualisierung“ einen prominenten Platz ein. Er hat sich zur Kennzeichnung einer Entwicklungsrichtung so sehr durchgesetzt, daß gegenläufige Bewegungen kaum wahrgenommen und untersucht werden. Der vorliegende Aufsatz versucht, am Beispiel der Bildung und Trennung von Paaren zu zeigen, daß Individualisierungsprozesse immer nur im Rahmen von vorhandenen Einbindungen erfolgen und auch dann, wenn sie aus Institutionen scheinbar hinausführen, letzten Endes in verschiedenen Rückbindungen und Stärkungen von Institutionen münden. Individualisierung ist so gesehen kein „Leitvorgang“, sondern im Gegenteil ein instrumenteller Prozeß, der zwischen verschiedenen Stufen der Gemeinschaftsbildung und Institutionalisierung vermittelt.

Stefan Hradil: Die Seismographen der Modernisierung. Singles in Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 53/98, S. 9–16

Leitfrage des Beitrags ist, wieso die eher kleine Gruppe der Singles so viel öffentliche Beachtung erfährt und so viele Emotionen auslöst. Eine Bestandsaufnahme geht auf Definition(en), Anzahl, Entwicklungstendenz, Lebensbedingungen, Lebensformen und Lebensweisen der Singles in Deutschland ein. Es ergibt sich, daß diese Gruppe durchaus ihre Eigenheiten hat, von denen viele Kennzeichen von Modernität sind. Die Aufregung über die Singles ist indessen nicht mit ihren Lebensumständen, Denk- und Verhaltensweisen zu erklären, sondern eher dadurch, daß Singles eine Art „Seismograph“ darstellen und in auffälliger Weise andernorts noch vielfach latente Modernisierungstendenzen und -probleme signalisieren und symbolisieren.

Wolfgang Glatzer: Nichtehele Lebensgemeinschaften. Zwischen konventionellen und alternativen Lebensformen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 53/98, S. 17–25

Nichtehele Lebensgemeinschaften haben sich in den letzten Jahrzehnten rapide verbreitet, stellen aber nach wie vor nur einen kleinen Anteil der Bevölkerung dar. Sie sind durch große Verschiedenheit gekennzeichnet, z. B. kann es sich um voreheliche Lebensgemeinschaften lediger oder um nahehele Lebensgemeinschaften geschiedener bzw. verwitweter Menschen handeln. Nichtehele Lebensgemeinschaften stellen zum größeren Teil Zweipersonenhaushalte dar, zum Teil aber auch unverheiratete Paare mit Kindern, die von der Zusammensetzung her einer Familie entsprechen. Es hat den Anschein, daß die nordeuropäischen Länder mit weit höheren Anteilen nichtehelicher Lebensgemeinschaften der Vorreiter einer Entwicklung sind, die die mitteleuropäischen Länder teilweise nachvollzogen haben, während die südeuropäischen Länder weit dahinter zurückbleiben.

Die nichtehelichen Lebensgemeinschaften in Deutschland stellen keine Problemgruppe wie die Alleinerziehenden dar, sondern verweisen auf einen eher privilegierten Lebensstil. Sie sind sehr oft das Vorstadium zur Ehe und unterscheiden sich in Einstellungen und Wohlbefinden nur partiell von den Ehen. Im Hinblick auf die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern sind sie relativ innovativ.

Die populäre These von der Bedrohung von Ehe und Familie durch nichteheliche Lebensgemeinschaften erscheint bei näherem Hinsehen nicht sehr stichhaltig. Es handelt sich bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften um eine Ausdifferenzierung von Lebensformen, die auf bestimmte Bedürfnisse sensibler reagieren als traditionelle Institutionen. Von den nichtehelichen Lebensgemeinschaften gehen auch stabilisierende Wirkungen auf das Ehe- und Familiensystem aus.

Hans Bertram: Familie, Ökonomie und Fürsorge

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 53/98, S. 27–37

Die zu Ende gehende Industriegesellschaft hat auch zur Ablösung traditioneller Familienmodelle geführt, die zu ihrer Erhaltung beigetragen haben: des Modells der Versorgerehe, mit dem alleinverdienenden Vater und der von ihm abhängigen Hausfrau und Mutter sowie den gemeinsamen Kindern, und des Modells der Zweiverdiener-Familie mit institutioneller Kinderbetreuung. Die gegenwärtigen ökonomischen, kulturellen und politischen Strukturbedingungen der Gesellschaft lassen die Chancen des Weiterbestehens dieser Modelle immer mehr sinken. Der Staat ist nur begrenzt in der Lage, die Folgen dieses Wandlungsprozesses aufzufangen.

Zu wenig reflektiert werden in diesem Zusammenhang die Folgewirkungen für die Schwächeren der Gesellschaft – die Kinder und die Älteren –, das heißt die Wirkungen einer einschneidenden Reduktion der familiären Schutzfunktion. Die veränderten familiären Lebensformen haben zu einer dramatischen ökonomischen Benachteiligung der Kinder aus Einelternfamilien geführt. Diese Effekte lassen sich im Vergleich der Bundesländer in höchst unterschiedlicher Weise demonstrieren, wobei es sich keinesfalls um Ost-West-Differenzen handelt. Und paradoxerweise wird in einer Zeit der abnehmenden Industrialisierung der Berufswelt die institutionelle Betreuung zunehmend nach industriellem Vorbild organisiert. Darüber hinaus wird verkannt, daß das traditionelle Versorgerehemodell einen großen Teil der ökonomischen Absicherung der nicht von Erwerbsarbeit lebenden Personen erbrachte und auch heute noch erbringt. Hier gibt es deutliche Unterschiede zwischen den westlichen und östlichen Bundesländern.